

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk., für 1 Monat 1.85 Mk. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18000.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 85 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Gegenangriffe im Westen.

Das werdende sozialistische Rußland.

Während die Feinde der russischen Republik den jungen Staat von allen Seiten einzukreisen suchen, während die Wünsche der Ordnungsleute die Tschecho-Slowaken mit ihren russischen Hinterassen von schwarzen Gardes und ähnlichen konterrevolutionären Banden schon in Jaroslaw einmarschieren und Moskau aus gefährlicher Nähe bedrohen sehen, in diesem schweren Kampf gegen innere und äußere Feinde, in dem es fast täglich aufs neue die Grundlagen der Grundmauern der sozialistischen Gesellschaft zu erschüttern. Noch sind die Einblicke, die wir in diese aufbauende Arbeit haben, infolge der anormalen Verkehrsverhältnisse und der Schwierigkeit der deutsch-russischen Beziehungen sehr beschränkter Art. Und wenn uns auch in letzter Zeit durch die Vermittlung der Petersburger Telegraphen-Agentur eine Reihe von wichtigen Dekreten politischer und sozialer Natur zugänglich gemacht worden sind, die die Sowjetregierung erlassen hat, so wissen wir doch deswegen noch sehr wenig über die praktische Wirksamkeit, die sie erlangt haben, sehr wenig über die Durchführung dieser Verordnungen. Ein einigermaßen sicheres Urteil darüber, zu welchen Erfolgen das titanenhafte Ringen der Bolschewiki mit der Zeiten Ungunst, mit den riesenhaften Schwierigkeiten bisher geführt hat, ist daher noch nicht möglich; die praktische Probe, ob das heutige Rußland für die Sozialisierung der Produktion, für die Einrichtung der sozialistischen Ordnung reif ist, steht noch in ihren Anfängen. Mit um so größerem Interesse muß die Arbeiterklasse Europas dieses gewaltige Experiment verfolgen, das ja nicht nur die Sache des russischen Proletariats ist. Gelingt es, in Rußland die sozialistische Ordnung zu verwirklichen oder auch nur annäherungsweise dieses Ziel zu erreichen, so würde das einen gewaltigen Fortschritt des sozialistischen Gedankens und seiner Werbekraft in der ganzen Welt bedeuten. Mit scharf prüfender Ueberlegung werden deshalb die Arbeiter alles verfolgen müssen, was über den großen Werdeprozeß, der sich jetzt in Rußland unter tausend Widrigkeiten, unter unsäglichem Hindernissen abspielt, vermittelt wird.

Am 12. Juli ist in Moskau der bewegte fünfte allrussische Kongreß der Sowjets, zurzeit die höchste gesetzgebende Körperschaft des Landes, geschlossen worden. Eines der wichtigsten Werke, die er vollendet hat, war die Schaffung einer Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Diese Verfassung gibt sich ausdrücklich als ein Kampfmittel der sozialistischen Revolution gegen ihre inneren Feinde. Sie schreift deshalb vor der rücksichtslosen Entrechtung der kapitalistischen Klasse nicht zurück. So beginnt die Einleitung mit der Erklärung der Diktatur des Proletariats:

„Die für die jetzige Uebergangszeit berechnete Grundaufgabe der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des Stadt- und Dorfproletariats und des ärmsten Bauerntums zum Zwecke der vollständigen Niederwerfung der Bourgeoisie, der Befestigung der Ausbeutung von einem Menschen durch den andern und der Einführung des Sozialismus, in dem es weder eine Einteilung in Klassen, noch eine Staatsmacht geben wird.“

Von diesem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Bourgeoisie, als Ausfluß der Diktatur des Proletariats sind die Bestimmungen über das Wahlrecht diktiert. Es steht nach dem ersten Kapitel der Verfassung allen Bürgern beiderlei Geschlechts zu, die am Tage der Wahl das 18. Lebensjahr erreicht haben. Indes werden noch die folgenden Bedingungen gestellt: Der Wähler muß die Mittel zu seinem Unterhalt durch produktive oder gemeinnützige Arbeit erwerben und Mitglied eines Gewerkschaftsverbandes sein, wie a) Arbeiter und Angestellte aller Art, die in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft beschäftigt werden; b) Bauern und Kosaken, die Land besitzen und keine Tagelöhner beschäftigen; c) Angestellte der Sowjetsinstitutionen; ferner die Soldaten der Sowjetarmee und Flotte und die ehemaligen Angehörigen der obengenannten Kategorien, die ihre Arbeitsfähigkeit ganz oder teilweise verloren haben. Zu II wird dann festgestellt, daß weder wählen noch gewählt werden dürfen:

1. Personen, die andere anstellen, um einen Vorteil daraus zu gewinnen; 2. Personen, die arbeitsloses Einkommen haben, wie z. B. Prozente von Kapital usw.; 3. Pri-

nthändler und Handelsvermittler; 4. Diener der religiösen Kulte; 5. Angestellte und Agenten der früheren Polizei, des Gendarmekorps und der politischen Abteilung, sowie die Mitglieder des russischen Zarenhauses; 6. die Geisteskranken und Taubstummen; 7. Personen, die wegen eigennütziger und ehrloser Vergehen verurteilt worden sind.“

Diese Bestimmungen sind aus den in der Einleitung entwickelten Gedankengängen konsequent entlossen. Als Härte möchte vielleicht die Ausschließung der Privathändler und Handelsvermittler vom Wahlrecht erscheinen, die, solange noch nicht die Sozialisierung der Produktion und der Verteilung völlig durchgeführt ist, doch auch Arbeit leisten, die zwar nicht produktiv ist und vielleicht auch nicht im vollen Sinne gemeinnützig genannt werden kann, insofern die Maßnahmen der Händler nicht selten den eigenen Nutzen direkt im Gegensatz zum allgemeinen Nutzen verfolgen, die aber doch, solange die Verteilung nicht völlig in die öffentliche Hand genommen ist, nicht entbehrt werden kann und also noch gesellschaftlich notwendig ist. Indes zeigen die sozialen Dekrete, die die Sowjetregierung erlassen hat und auf die wir später noch näher zurückkommen müssen, daß die sozialistische Regierung Rußlands eifrig dabei ist, den Handel bzw. die Verteilung der Produkte in die Hand staatlicher Körperschaften zu legen, so daß, wenn dieser Prozeß konsequent weitergeführt wird, der Beruf der Privathändler bald auf den Aussterbeetat gesetzt sein wird.

Die weiteren Kapitel der Verfassung bauen nun die Verwaltung bzw. die Vertretungen der Bevölkerungen für die dörflichen und städtischen Gemeinden, für die Bezirke, Kreise, Gouvernements und Provinzen entsprechend den allgemeinen Bestimmungen über das Wahlrecht auf. Das aktive und passive Wahlrecht in all diesen Vertretungen daselbe. Delegierte der Dorfsowjets bilden den Bezirkskongreß der Sowjets. In den Städten werden Deputierten-sowjets so einberufen, daß auf tausend Köpfe der Bevölkerung je ein Deputierter kommt, jedoch darf die Zahl der Deputierten nicht unter 50 und nicht über 1000 betragen. Der Stadtsowjet wählt aus seiner Mitte ein Vollzugsorgan. Der Kreiskongreß der Sowjets besteht aus Vertretern der Dorfsowjets und der Sowjets solcher Städte, deren Einwohnerzahl nicht über 10 000 beträgt, der Gouvernementskongreß wieder aus Vertretern der Kreiskongresse, der Provinzialkongreß aus Vertretern der Stadtsowjets und der Kreiskongresse. Die Spitze bildet der allrussische Kongreß der Sowjets, der sich aus Vertretern der Stadtsowjets zusammensetzt, und zwar kommt ein Delegierter auf 25 000 Wähler, und aus Vertretern der Gouvernementskongresse der Sowjets, von denen ein Vertreter auf 125 000 Einwohner kommt. Er soll von seinem Exekutivkomitee mindestens zweimal im Jahre einberufen werden, muß aber öfter einberufen werden auf Verlangen der Sowjets von Ortschaften, deren Bevölkerungszahl mindestens ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Republik beträgt. Das Zentral-Exekutivkomitee wird vom allrussischen Kongreß gewählt; es soll aus höchstens 200 Mitgliedern bestehen. Der allrussische Kongreß stellt die höchste Gewalt der Republik dar, in den Zeiträumen zwischen den Tagungen vertritt ihn das allrussische Exekutivkomitee.

In der Einleitung heißt es im Punkt 2, daß die Sowjets derjenigen Provinzen, die nach ihrem nationalen Bestande und nach ihren Besitzten zusammengehören, in autonome Provinzialverbände vereinigt werden, an deren Spitze die Provinzialkongresse der Sowjets und der Vollzugsorgane stehen. Diese Provinzialsowjetsverbände sollen sich auf föderativer Grundlage zur Russischen Sozialistischen Republik zusammenschließen. Die allgemeinen Bestimmungen der Verfassungen enthalten indes noch nichts über die Befugnisse der autonomen Provinzialsowjetsverbände, über die Abgrenzung der Gesetzgebungsmaterien zwischen den Sowjets der Zentrale und der Föderationen, und der Verwaltungstätigkeit der Zentralregierung und der Provinzialregierungen.

Gegen den jetzigen Wahlmodus für die Sowjets bedeutet die Verfassung eine Menderung. Die jetzigen Sowjets bauen sich auf der ersten Stufe, in den Städten wenigstens, auf Vertretungen der einzelnen Fabrikbetriebe und Truppenteile auf. Das neue Wahlrecht ist ein territoriales, d. h. es umfaßt die Bewohnererschaft des ganzen Wahlbezirks, ohne besondere Wahlkörper vorzuziehen. Die Ausschließung der Bourgeoisie vom Wahlrecht wird jetzt durch die Bestimmungen des ersten Kapitels der Verfassung erreicht. Diese Ausschließung und das indirekte Wahlverfahren, zum all-

russischen Kongreß der Sowjets wie zu den Provinzialgouvernements usw. werden starke Angriffe erfahren. Man wird, was den ersten Punkt anbetrifft, bedenken müssen, daß die sozialistische Republik Rußlands sich in der Lage eines von allen Seiten Angegriffenen befindet, daß sie diese Verfassung ausdrücklich als Uebergangsmäßregel für die Zeit der Diktatur des Proletariats erklärt. Der Berichterstatter über den Entwurf, Genosse Steflow, erklärt in seinem Schlusswort zu der Bestimmung, die die Bourgeoisie vom Wahlrecht ausschließt: „Jahrhundertlang wurde die Arbeiterklasse ihres Wahlrechts beraubt. Dort, wo die Bourgeoisie zur Herrschaft gelangt, bekämpft sie nicht nur das allgemeine Wahlrecht, sondern greift auf das schlechteste aller Wahlrechte zurück, wie es jetzt für die städtischen Wahlen in Kiew eingeführt worden ist. Die Diktatur des Proletariats wehrt sich gegen die Bourgeoisie mit ihren eigenen Mitteln.“

Welches die Gründe sind, die das indirekte Wahlverfahren diktiert, ist aus den bisherigen Kundgebungen der Sowjetregierung nicht zu entnehmen, auch die Verfassung selber gibt darüber keinen Aufschluß.

Der Sowjetkongreß hat das Verfassungswerk einstimmig angenommen. Ueber Wappen und Flagge der russischen Republik beschloß er:

„Das Wappen der großrussischen Republik stellt auf rotem Grunde in goldenen Sonnenstrahlen ein Herz und einen Hammer dar über zwei ineinandergreifenden Händen. Diese Darstellung ist von einem Ehrenkranz umwunden und den Inschriften: „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik“ und „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ — Die Handels- und Kriegsflagge besteht aus einem Flaggentuch von blutroter Farbe, in dessen linker Ecke beim Flaggstok oben in goldenen Buchstaben „R. S. F. R. S. R.“ stehen.“

Die Wünsche der Proletarier Deutschlands begleiten die neue Flagge der ersten sozialistischen Republik der Welt. Möge sie allzeit über dem befreiten russischen Volke wehen.

Eine Rede des Grafen Czernin.

Im österreichischen Herrenhause gab Herr v. Seidler ähnliche Erklärungen ab wie im Abgeordnetenhause. Die Debatte darüber hat kein besonderes Interesse mit Ausnahme einer Rede des Grafen Czernin, des früheren Ministers des Auswärtigen. Czernin äußerte seine besondere Befriedigung darüber, daß nach den Versicherungen Seidlers in der äußeren Politik der deutsche Kurs gesteuert werden solle. Auch in der inneren Politik stimmte er der Meinung des Ministerpräsidenten bei, daß sie sich nur auf eine Mehrheit stützen könne, die ihrem Wesen nach deutsch sei; zu diesem Zwecke sei die Ausschließung Galiziens aus dem österreichischen Länderkomplex notwendig. Oesterreich-Ungarn müsse auch fernerhin an der Seite Deutschlands bleiben, eine neutrale Rolle könne die Monarchie nicht spielen. Der Krieg sei in letzter Instanz ein Duell zwischen Deutschland und England. In dem Augenblick, wo Deutschland und England sich verständigen, sei der Weltkrieg zu Ende. Die deutschen Interessen müsse die Monarchie genau so vertreten wie die eigenen. Dazu gehöre eine innere Politik, die sich nicht für Kriegsbauer, sondern auf lange hinaus den dauernden engen Anschluß der Monarchie an Deutschland verbürge. Allerdings müsse man die Kriegsziele wissen, für die der Krieg weitergeführt werden solle. Graf Czernin meinte, er verlange gar nicht, daß man den Oesterreichern die deutschen Kriegsziele mitteilen möge, er hoffe nur von ganzem Herzen, daß der Minister des Aeußern die Kriegsziele Deutschlands kenne, und daß der Charakter des Verteilungskrieges unverfehrt aufrechterhalten geblieben sei. Mit großer Befriedigung habe er die letzten Ausführungen des deutschen Reichsanzlers über Belgien vernommen. Graf Czernin fuhr fort:

Sowohl der Reichsanzer als auch Lord George und unser Minister des Aeußern sind nach ihren Erklärungen geneigt, Vorschläge zu prüfen, aber keiner will sie machen. Aus diesem Dilemma wäre doch ein Ausweg zu finden, wenn jede der beiden Mächtegruppen ihre Friedensvorschläge schriftlich einer neutralen Macht übermitteln würde, die sich durch Vergleich der beiderseitigen Friedensvorschläge ein Bild machen könnte, ob eine Einigung möglich sei oder nicht. Wenn nur die geringste Aussicht auf eine Verständigung vorhanden ist, sollte der Versuch unternommen werden. Ob der Moment jetzt dafür gekommen ist oder nicht, kann man wohl nur an kompetenter Stelle beurteilen.

Medner kam dann auf die austro-polnische Lösung zu sprechen, die nur in Uebereinstimmung mit Berlin möglich sei, nachdem wir ein Nominatium in Polen haben. Niemals werden die Deutschen diesen gewaltigen Nachschub der Monarchie geben, wenn sie nicht die feste Ueberzeugung haben, daß die Monarchie ein dauernder und treuer Verbündeter Deutschlands bleiben wird. Die zentralen Tendenzen, welche ein solches dauerndes Bündnis ausschließen, machen auch die austro-polnische Lösung unmöglich; denn niemand wird doch glauben oder behaupten wollen, daß der mittel-europäische Gedanke und die slavischen Pläne miteinander vereinbarliche Begriffe sind. Ich bin in letzter Zeit sehr skeptisch geworden, was die austro-polnische Lösung anbelangt. Ich glaube nicht mehr an dieselbe, denn schließlich entscheiden darüber, ob die austro-polnische Lösung zustande komme oder nicht, weder die österreichischen Polen, noch die österreichischen Ukrainer; entscheiden darüber wird das Faktum, ob zwischen Wien und Berlin jene Vorbedingungen herzustellen sind, die eben die Basis des ganzen Gedankenganges bilden. Aber auch wenn dies der Fall wäre, so müssen unsere Polen noch sehr viel Wasser in ihren Wein schütten. Die Grenzen von welchen sie heute träumen, werden sie niemals erhalten. Der Tag wird kommen, an welchem die Herren beschreibender und froh sein werden, wenn ein einheitliches Polen überhaupt zustande kommt.

Gegenüber der Beschwerde des Sprechers des Polenklubs, daß die russische Regierung nicht nach Presh-Pitowol eingeladen war, wies Medner darauf hin, daß sowohl die Deutschen als auch der Versuch unternehmen haben, die politische Regierung zu den Verhandlungen hinzuziehen, und die russische Regierung sich kategorisch geweigert habe, sie zuzulassen. Medner sehe noch immer auf dem Standpunkt, daß die austro-polnische Lösung die beste für Oesterreich sei und daß ein Polen zustande komme, welches lebensfähig sei. Die Interpretation aber, daß ein Polen, welches nicht den ganzen Galizierkreis, sondern nur einen Teil desselben bestimme, nicht lebensfähig sei, sei rein willkürlich.

Graf Czernin über fort: Wenn der Sprecher des Polenklubs von einem geheimen Vertrag spricht, so muß ich erwidern, daß ich über solche Sachen nicht sprechen kann. Wenn ich darüber sprechen könnte, könnte ich ihm nur beweisen, daß er sehr wenig über die Materie orientiert ist. Was die damit in Zusammenhang gebrachte Teilung Galiziens betrifft, so ist dies erstens eine interne österreichische Frage, welche das österreichische Parlament und die österreichische Regierung angeht, zweitens kann ich es vom deutsch-österreichischen Standpunkt aus nicht verstehen, warum dieselbe Maßregel der Zweiteilung in Pöhlen absolut geboten, in Galizien absolut verboten sein muß.

In Peisprechung des Vortrags Friedens wies Medner den Vorwurf zurück, daß er durch Abschluß des Friedens sich in Widerspruch gesetzt hätte mit dem, was er in der Theorie verkündet habe. Der Anschluß der westlichen russischen Provinzen an Deutschland geschah, führte Graf Czernin aus, auf den direkten Wunsch und auf das direkte Verlangen von Russland und Litauen und nicht gegen ihren Willen. Die russische Anarchie hat die Landprovinzen in die Arme Deutschlands getrieben und niemand anders. Die russische Regierung hätte das freie Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Völker proklamiert. Die Provinzen waren die etwas schwere, aber schließende deutsche Faust der russischen Anarchie vor, und Deutschland selbst wünschte den Anschluß. Wie hätte ich mich dazwischenstellen sollen und erklären, ich würde den Anschluß nicht zugeben? Das war ein Ding der Unmöglichkeit.

Gegenüber dem Vorwurf, daß der ukrainische Friede hinsichtlich der Zulage an Nahrungsmitteln enttäuscht habe, erklärte Medner, daß die Million Hektaren aus der Ukraine für Oesterreich-Ungarn und Deutschland eingebrachter Lebensmittel es möglich gemacht habe, bis heute vor der neuen Ernte durchzufallen und den schmerzvollen Zustand, der eingetreten sei, auf wenige Wochen zu beschranken. Hierbei sehe er ganz davon ab, daß die in der Ukraine befindliche österreichisch-ungarische Armee aus dem Lande selbst lebe, ein Umstand, welcher eine enorme Entlastung des Hinterlandes darstelle.

In der Presse sei dem Medner der Vorwurf gemacht worden, er hätte mit Petersburg überhaupt keinen Frieden schließen sollen, weil die Verhältnisse dort nicht genügend konsolidiert waren. Einen abstrakten Vorwurf, erklärte der Redner, kann ich mir schwer vorstellen. Daß die Petersburger Regierung nicht konsolidiert war, wußte ich auch. Mir wäre eine andre, konsolidiertere, und vor allem eine weniger rote Regierung auch lieber gewesen. Aber diese Regierung war nicht vorhanden, und ich konnte sie nicht schaffen.

Graf Czernin ist also des Glaubens, daß die Besprechungen in einer diplomatischen Dunkelkammer den Frieden herbeiführen könnten. Er verzicht die Forderung, daß Deutschland seine Kriegsziele formuliere und sie der Öffentlichkeit unterbreite. Er selbst scheint nicht über die deutschen Kriegsziele unterrichtet zu sein, trotzdem man von ihm als dem früheren Minister des Auswärtigen Oesterreich-Ungarns eine derartige Kenntnis erwarten müßte, sonst würde er doch nicht von dem jetzigen Ministerpräsidenten zu erfahren wünschen, welches eigentlich die Kriegsziele Deutschlands seien.

Bemerkenswert ist, daß Czernin die austro-polnische Lösung wünscht, und in welcher Weise er seinen Wunsch, der auch noch der Wunsch der österreichischen Regierung zu sein scheint, vorträgt.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus

Das österreichische Abgeordnetenhaus erledigte die erste Sitzung des Budgetprovisoriums sowie die Debatten über die dringenden Anträge und wies das Budgetprovisorium an den Budgetausschuß. Im Verlauf der Debatten appellierte der Pole Janowski an die deutschen Parteien, die Polen nicht in die Opposition zu treiben und dadurch der Entente den Triumph der Verweigerung der Kreditkredite zu bereiten. Er drückte die Ueberzeugung aus, daß die austro-polnische Lösung für Oesterreich der einzige Weg sei, wenn es seine Großmachtstellung nicht verlieren wolle. Graf Burian, der sich zum austro-polnischen Programm bekenne, vermittelte dadurch die Interessen der Monarchie am besten. (M. Z. B.)

Stolz lieb ich den Spanier.

Am Vorwärts wird der Vortrags des Ables veröffentlicht, in dem der Parteivorstand der Abhängigen am 26. Juni dem Internationalen Sozialistischen Bureau bzw. dem Genossen Hundsmann mitteilt, daß die Abhängigen bereit sind, an einer internationalen Sozialistenkonferenz, die nach einem neutralen Lande zu berufen wäre, teilzunehmen, wie wir während des Krieges zu jeder Zeit bereit waren, die Beziehungen zu unterstützen, die auf eine Zusammenkunft der Vertreter der sozialistischen Parteien abzielen. Als selbstverständlich wird es bezeichnet, daß der Zutritt zur Konferenz den Vertretern aller sozialistischen Parteien offenstehen müsse; insbesondere wurde angenommen, daß die Vertreter der amerikanischen Sozialisten eingeladen würden. Einverhändigt wird damit erklärt, daß die Konferenz nur unter Leitung von Sozialisten neutraler Länder tagen könne. Der Wunsch des Internationalen Bureaus, daß die Abhängigen eine öffentliche Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgeben sollten, wird mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Parteien sich stets auf einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, bekennen, und daß ihre Stockholmer Delegation seinerzeit in ihrem Memorandum zur Friedensfrage „eingegebene Stellung“ angenommen habe. Der Sozialistische Parteivorstand habe dieses Memorandum gebilligt und die Partei habe keine Ursache, sich von diesen Erklärungen loszulösen. Am liebsten hätte man es für selbstverständlich, daß auf der geplanten Konferenz keine Partei majorisiert werden dürfe.

Die Konferenz könne nur dann Erfolg haben, wenn es gelinge, eine Verständigung zu herbeizuführen. Das Interessanteste an dem Schriftstück ist schließlich der folgende Absatz:

Was endlich die Stellung der Partei zu den Ostfragen betrifft, so haben Sie gewiß in den seit Ablegung Ihres Briefes vergangenen Monaten aus den Berichten über die Verhandlungen im Reichstage gesehen, daß die sozialdemokratische Partei bei diesen Verhandlungen ihre sozialistische Auffassung mit Entschiedenheit vertreten hat.

Stolz lieb ich den Spanier! Da haben die Herren Abhängigen dem Frieden mit der Ukraine zugestimmt. Da haben Sie nicht gewagt, gegen den Frieden mit der russischen Regierung zu stimmen, da haben Sie endlich den Frieden von Bukarest angenommen. Aber stolz verweist der Vorstand der Abhängigen auf die schönen Reden, mit denen im Reichstage die Sprecher seiner Partei diese Verhandlungen begleitet haben. Die internationale Sozialdemokratie wird also gebeten, nicht auf die Taten der Abhängigen in der Friedensfrage zu sehen, sondern ihre Reden als bare Falschung zu nehmen, in denen die „sozialistischen Auffassungen“ vertreten wurden, sogar mit Entschiedenheit vertreten wurden, wie der stolze Spanier versichert. Der Stolz des Spaniers ist bisanfällig mit einem durchlöchernten Gewand zu vereinigen. Der Vorstand der Abhängigen meint daher ebenfalls, daß die durchlöchernten „sozialistischen Auffassungen“ ihn in seiner stolzen Pose nicht zu behindern brauchen. Traut sich nur, ob er Tummel findet, denen solch plumpe Auffassungen imponiert.

Vom Tage.

Ueber die Aussichten der Wahlrechtsvorlage im preussischen Herrenhaus, die bekanntlich erst am 4. September in dem Ausschuss dieses Parlaments der Erklärung und ernannten Gesetgeber in Angriff genommen werden soll, will das Berliner Tageblatt einiges erfahren haben. Schon jetzt könne gesagt werden, behauptet es, daß das Wahlgesetz in der Form, in der es das Abgeordnetenhaus verließ, keine Aussicht auf Annahme habe. Es sollen sich im Herrenhaus zwei Strömungen gegenüberstehen, eine, die jede Demokratisierung ablehnt und daher noch mehr „Sicherungen“ verlangt und eine zweite, die die stärkere sein soll, und die ein neues Kompromiß anstrebt. Das soll darin bestehen, für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht zu bewilligen, wofür das Herrenhaus mit ausreichenden Schutzwehren umgeben werden solle. Auf diese Weise, also indem man das gleiche Wahlrecht durch die Verstärkung der Stellung des Herrenhauses noch über die weitgehenden Vorschläge der Regierungsvorlage und die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses hinaus unschädlich macht, glaubt diese Richtung doch der Regierung soweit entgegenkommen, daß sie von einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und einem eventuellen Pairshub, d. h. von einer Massenernennung neuer Mitglieder des Herrenhauses durch den König absteht. Diese beiden Maßregeln soll diese Richtung fürsten, während die andere sich angedlich darauf verläßt, daß die preussische Regierung schließlich doch nicht die Enschlußkraft dazu aufbringen würde.

Daß den preussischen Reaktionen die Auflösung des Abgeordnetenhauses nicht gerade angenehm wäre, läßt sich allerdings aus verschiedenen Anzeichen schließen. Die Deutsche Tageszeitung brachte vor kurzem einen Artikel, worin sie der Regierung nachdrücklich klarmachen versuchte, daß eine Auflösung des Landtags in der Kriegszeit ein ganz unverantwortliches Beginnen sei. Noch bemerkenswerter war ein Artikel der Berliner Politischen Neuesten Nachrichten, die man als Sprachrohr der Schwerindustriellen ansehen darf. Getreu dieser Richtung hatte sich dieses Organ bisher ablehnend gegen die Wahlrechtsreform verhalten. Jetzt wölchlich entdeckt es die bedenklichen Folgen einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und mahnt die wahlrechtsfeindliche Mehrheit zur Nachsichtigkeit. Wie weit diese gehen soll, wie weit dabei auf das Entgegenkommen der Regierung gerechnet wird, läßt der Artikel allerdings unbestimmt. Er verzärt aber doch immerhin, daß die Reaktionen einiges Unbehagen bei dem Gedanken empfinden, die Landtagsauflösung könnte doch kommen.

Nun fragt sich nur, ob diese Zurückgründet ist, d. h. ob die Regierung Herilung wirklich entschlossen ist, unbedingt auf dem gleichen Wahlrecht bestehen zu bleiben und es nötigenfalls durch die Auflösung zu erzwingen. Gerade weil man in diesem Punkte nicht sicher ist, werden die Beschlüsse des Herrenhauses von Bedeutung sein, insofern sie vielleicht den Weg zu einem neuen Kompromiß freimachen, das die Regierung den scharfen Maßregeln vorziehen könnte.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat nach den Berichten seiner Presse am 12. Juli eine Tagung abgehalten, auf der er wieder einmal die Forderung eines „starken Friedens“ aufgestellt hat, „der uns Rohstoffbezug und Auslandsabfah sicher“. Mit dem Unfrieden ist der Verband nach den Ausführungen seines Vorsitzenden, Landrat a. D. Röbger, nicht ganz zufrieden, wie aus der Bemerkung des Berichts hervorgeht, daß der Unfrieden „unter Ausschaltung der Industrie getätigt worden sei“. Weiter sprach sich der Verband für die Notwendigkeit des alsbaldigen und vollständigen „Abbaus der Zwangswirtschaft nach dem Kriege“ aus. Dem Wirtschaftsbündnis mit Oesterreich-Ungarn stehe er nicht ohne Bedenken gegenüber; es dürfe nicht dazu führen, „daß die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands, die für den Rohstoffbezug unentbehrlich sind und den nicht minder unentbehrlichen Auslandsabfah unsrer Erzeugnisse ermöglichen, aufs Spiel gesetzt werden“. Eine öffentliche Kundgebung gegen den Kriegssozialismus und für die freie Wirtschaft nach dem Kriege hat der Verband mit den anderen größeren Unternehmerverbänden für Oktober in Aussicht genommen. Der in Hamburg begonnene Freibzug für den „freien Handel“ soll also kräftig fortgesetzt werden. — Bei der Befürwortung des starken Friedens hat die Betonung nicht gefehlt, daß sich die Interessen der Unternehmer und Arbeiter dabei hegegneten, er sei auch der Weg, der zum sozialen Frieden führe. D. h. die Arbeiter sollen für hohe Gewinne der Industrie eintreten, die Wirtschaftspolitik der großen Unternehmerverbände kräftig unterstützen, wofür ihnen dann ein Anteil am Gewinn — in Aussicht gestellt wird. Von dem andern Weg zum sozialen Frieden, von der Sozialpolitik mag dagegen der Zentralverband, getreu seiner Tradition und in energischer Vertretung der Interessen der Kapitalisten, nichts wissen. So hat sich der Verband grundsätzlich gegen den Arbeitskammeregesetzentwurf erklärt, natürlich in der Ueberzeugung, daß er den sozialen Frieden nicht fördere, sondern schädige. Für den Fall, daß das Gesetz trotzdem geschaffen wird, soll es wenigstens mög-

lichst unwirksam gemacht werden. Der Verband hat dafür verschiedene „Mindestforderungen“ aufgestellt, worunter vor allem die sachliche Gliederung, eine Abstützung des Wahlrechts und Nichtöffentlichkeit der Verhandlungen hervorstechen. Die Regierung wird energisch aufgefordert, an ihrem Widerspruch gegen den östlichen Aufbau und die Erziehung besonderer Arbeitnehmerabteilungen unbeeugsam festzuhalten. — Bisher hat die Regierung dieser Forderung durchaus entsprochen, und sicherlich wird bei ihren Entschlüssen die Stimme des einflussreichen Unternehmerverbandes keine geringe Rolle spielen.

Die Rede, worin der österreichische Ministerpräsident v. Seidler im Reichsrat den „deutschen Kurs“ proklamierte und die deutsche Nation als das Rückgrat des Staates hinstellte, gibt der Öffentlichkeit schwere Rätsel auf. Wenn diese Worte ernstlich als eine Programm-Erklärung gedacht sind, und anders kann man sie kaum auffassen, da sie sonst doch nur eine unnötige Herausforderung der slavischen Parteien bedeuteten, so fragt es sich, wie der Ministerpräsident ein solches Programm durchführen will. Voraussetzung dafür wäre, wenn nicht ein ungeschlicher Zustand eintreten soll, eine deutsche Mehrheit im Reichsrat, die aber nicht zu schaffen ist, es sei denn, daß die austro-polnische Lösung ergriffen würde, welche die Auscheidung Galiziens aus dem engeren österreichischen Staatsverband und also der Polen aus dem Reichsrat zur Folge haben würde, so daß die slavische Mehrheit im Reichsrat in eine Minorität verwandelt werden könnte. Gegen diese austro-polnische Lösung, die Vereingung der Krone Polens mit denen Oesterreichs und Ungarns, die Schaffung eines dritten Staates innerhalb der österreichisch-ungarischen Gesamtmonarchie bestehen indes, wie man weiß, starke Widerstände in Deutschland und auch selbst in deutschen Kreisen Oesterreichs, wo man fürchtet, daß die Verstärkung des slavischen Einflusses innerhalb der Gesamtmonarchie schließlich einmal bei der voraussichtlich nicht deutschfreundlichen Haltung des neuen Polenstaates zu einer Bedrohung Deutschlands führen könne, trotz der jetzt vorgesehenen Vertiefung und Befestigung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses. Diese Bedenken sind noch lange nicht zerstreut, und die Position v. Seidlers erscheint deshalb der festen Grundmauern noch sehr zu entbehren. Die königliche Volkszeitung, die auch noch nichts Bestimmtes aus der Rede zu schliessen vermag, meint indes, daß ihre Fassung mehr auf eine Taktik deute; die den gordischen Knoten mit scharfem Schwertschlag zerhauen solle, als auf die Absicht, mit diplomatischen Verhandlungen zum Ziele zu gelangen.

Einen Ausweg aus dem schier unüberschaubaren Wirrwarr zeigt ein Antrag, den die sozialistischen Abgeordneten Seih und Genossen eingebracht haben. Sie fordern einen Verfassungsausschuß von 72 Mitgliedern, der den Entwurf einer neuen Staatsverfassung ausarbeiten und dem Abgeordnetenhaus vorlegen soll. Die neue Verfassung, die sie fordern, soll Oesterreich zu einem Bundesstaat auf demokratischer Grundlage sich selbst regierender Nationen machen. — Dieser Weg ist der einzig rationelle, den der Staat an der Donau zu gehen vermag. Es fragt sich nur, ob die Möglichkeit zur Durchführung des Planes zurzeit gegeben ist.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Entlastungsoffensive der Entente.

Berlin, 19. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Der durch die deutsche Offensive beiderseits Reims erzwungene Entlastungsangriff der Entente zwischen Lisne und Warne begann am 18. Juli 5 Uhr 45 vormitags mit stärkstem feindlichen Feuer. Teilweise gleichzeitig mit dem Beginn der Feuereröffnung, teilweise erst 1 1/2 Stunde später griff der Feind mit sehr starken, tiefgegliederten Kräften, unterstützt durch tiefliegende Flugzeuge und zahlreiche Tankgeschwader unsere Stellungen zwischen Lisne und nordwestlich Chateau-Thierry an. Vor einem einzigen Korpsabschnitt wurden beim ersten Einschlag 80 feindliche Panzerwagen gezählt. Nachdem nördlich der Lisne Teilvorstöße blutig abgewiesen waren, trat hier verhältnismäßige Ruhe ein. Auf der übrigen Front gelang es dem Gegner, der hier unter allen Umständen einen entscheidenden Erfolg erlangen wollte, unter ungeheuren Verlusten nach wechselvollen Kämpfen an einzelnen Stellen einzubringen und unsere Linien zurückzubrüden. Durch immer wieder herangeführte frische Reserven und Panzerwagen näherte der Feind die im deutschen Feuer begünstigten Sturmtrupps. Bereits gegen Mittag waren die feindlichen Angriffe in der Mitte südwestlich von Soissons—Neully, nordwestlich Chateau-Thierry, zusammengebrochen. Trotz dichter Mäflerung aller seiner Kampfmittel und trotz der rückichtslosen Blutopfer konnte der Feind sein Ziel nicht erreichen. Der erstrebte Durchbruch, der den Deutschen an der Somme, in Flandern, an der Lys, an der Aisne und südwestlich Royon jedesmal voll gelang und sie in wenigen Tagen bis zu 80 Kilometer Tiefe durch alle feindlichen Stellungen und Geländehindernisse hindurchführte und die feindlichen Armeen vor sich hertrieb, blieb dem Gegner wiederum ver sagt.

In den Mittagsstunden erneuerte der Feind seine verzweifeltsten Angriffe südwestlich von Soissons, aber auch diese brachen unter hohen Feindverlusten zusammen. In unserm flankierenden Artilleriefener vom nördlichen Aisneufer her schmolzen die feindlichen Sturmabteilungen zusehends zusammen. Die herangeführten Verstärkungen wurden schon beim Anmarsch von unseren weittragenden Batterien vernichtend gefaßt. Infolge dieser außerordentlich schweren Verluste schaute am Nachmittage die Kampftätigkeit ab. Doch noch einmal versuchte der Feind nach 6 Uhr abends bis in die Nachstunde hinein gegen die deutsche Front gegenüber den Wäldern von Willers-Cotterets anzutreten und sie zu durchbrechen. Auch hier blieben alle Anstrengungen des Feindes vergeblich. Der für den Feind so blutige 18. Juli endete mit einer schweren Enttäuschung unsrer Gegner, die ebenso wie bei den Angriffsschlächten, so auch in dieser Abwehrschlacht der deutschen Führung und Truppe unterlegen blieben.

Der Tag der Gegenangriffe.

Berlin, 19. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Während der Franzose in den ersten beiden Tagen der Kämpfe südlich und nördlich der Warne kämpfend in die östigen Wälder zurückwich, bot er

am dritten Tage die Kräfte aller bereitstehenden Divisionen und Batterien zu wütenden Gegenangriffen zusammengepumpt. Mit tief gestaffeltem Feuer suchte er seit Beginn des grauen und schwalligen Morgens alle Anmarschwege und Schluchten ab. Während Kampfen die Großkugel das Marnetal entlang. Um alle Dörfer, um jedes einzelne Gehöft hatte sich ein Ring von Eisen und Feuer. Was an Dörfern immer für französische Kanonen erreichbar war, erhielt einen Hagel von Gas, Brand- und Brandgranaten. Zum erstenmal rann die Franzosen bereits am Abend des 18. an. Aber die Hauptkraft entfalteten sie im Sturz vom Morgen des 17. Hier wollten sie um jeden Preis das Marnetal wieder erzwingen. Die deutschen Angriffsddivisionen aber hielten das Erreichte mit Zähigkeit. Seinen Widerstand mußte der Franzose mit tausenden von blutigen Opfern bezahlen. Nordwärts der Marne, ritlings des Ardrebachals, gelang es sogar noch den unerwartlichen Divisionen, ihre Zielflug nach Eidoften weiterzuschleichen.

Die Kämpfe bei Reims.

Berlin, 10. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Der erfolgreiche deutsche Angriff beiderseits Reims hat den Gegner gezwungen, nicht nur südlich des Marnekanals, sondern auch an anderer Stelle, zwischen Aisne und Chateau-Thierry, zur Entlastung der bedrohten Marnefront seine zurückgehaltenen starken Reserven zum verlustreichen Angriff einzusetzen. Dieser mit stärksten Kräften und allen Kampfmitteln unternommene Vorstoß hatte kein geringeres Ziel als den Durchbruch unserer dortigen Stellungen, um endlich den eigenen Völkern einen Erfolg im Stil der seit dem 21. März mehrfach wiederholten deutschen Siege melden zu können.

Die Abwehr und die Wände der feindlichen Führung scheiterten noch geringem Anfangserfolg des Angreifers an dem heldenhaften Widerstand der Deutschen, die den wuchtigen feindlichen Stoß aufstießen und zum Stehen brachten. Der unter dem Zwange der Lage unternommene ungewöhnlich verlustreiche feindliche Angriff mit seinen geringen Erfolgen hat lediglich zur weiteren Schwächung der Verbandskräfte beigetragen und die ungeheuren Verluste, die der Verband seit dem 21. März buhen mußte, ins Ungeheure gesteigert. Von Aisne bis Reims sind seit Beginn der deutschen Offensive Divisionen auf Divisionen aller Kontingente immer wieder aufs neue vergeblich geopfert. Die Fortrückung und Vernichtung der feindlichen Kampfkraft und Kampfmittel ist durch die auf der ganzen Front unternommenen, von der deutschen Initiative erzwungenen feindlichen Gegenangriffe weiterhin erheblich fortgeschritten.

Die Zahlen der Gefangenen.

Berlin, 10. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Die außerordentlich schwer durch den neuen Angriff beiderseits Reims die Kampfkraft unserer Gegner aufs Neue geschwächt wurde, erweisen allein nachfolgende Zahlen der Gefangenen, die unwunderten in deutsche Gefangenschaft fielen. Die 8. französische Division verlor an unwunderten Gefangenen 23 Offiziere und 2241 Mann. Die 40. französische Division 37 Offiziere, 1588 Mann, die 51. französische Division 58 Offiziere, 1768 Mann, die 124. französische Division 25 Offiziere, 1261 Mann, die 182. Division 23 Offiziere, 1270 Mann, die 8. italienische Division 77 Offiziere 3092 Mann. Insgesamt sind bis zum 17. Juli abends durch die deutschen Gefangenen sammelstellen an französischen Gefangenen 820 Offiziere, 18 538 Mann, an italienischen Gefangenen 81 Offiziere, 3855 Mann, an amerikanischen Gefangenen 9 Offiziere, 221 Mann gegangen. In Summa 410 Offiziere, 17 817 Mann.

Zu dieser schweren Verluste an Gefangenen kommen noch die ungeheuren Verluste des Feindes an Toten, Verwundeten und Vermissten, die sich infolge der späteren rücksichtslosen massierten Gegenangriffe außerordentlich gesteigert haben.

Zugleich ist die Zahl der unwunderten Gefangenen auf über 20000 gestiegen.

Berichte der Gegner.

Französischer Decreebericht vom 18. Juli, nachmittags. Die Franzosen griffen heute früh die deutschen Stellungen von der Gegend von Fontenay-sur-Aisne bis zu der Gegend von Belleau an. Wir machten an 6 wunden Punkten Fortschritte von 2-3 Kilometern. Man meldet Gefangene. An der Marne- und Champagnefront hat die Nacht keine Veränderung gebracht. Südwestlich Nanteuil-la-Fosse brachten wir einer feindlichen feindlichen Vorstoß vollkommen zum Stehen. Nördlich Heuland schickte ein von Garde-truppen ausgeführter Angriff vollkommen.

Französischer Decreebericht vom 18. Juli abends. Nachdem sie die deutsche Offensive auf der Champagnefront und im Reimsbergland in den Tagen des 15., 16. und 17. Juli gebrochen hatten, gingen die französischen Truppen gemeinsam mit amerikanischen Streitkräften am 18. zum Angriff gegen die deutschen Stellungen zwischen der Aisne und Marne auf einer Ausdehnung von 45 Kilometern zum Angriff vor. Von der Front Ambly-Compostel-Trois-Neues-Bourgeois ausgehend, haben wir einen wichtigen Fortschritt in die feindlichen Linien erzielt. Wir haben die Hochflächen erreicht, welche Soissons von Südwesten und die Gegend von Chaudru beherrschen. Zwischen Villers-Delon und Nozon sur Durca sind heftige Kämpfe im Gange. Südlich der Durca haben unsere Truppen im großen und ganzen die Linie Marlay-Sainte Genevieve-Sautaines-Belleau überschritten. Mehr als 20 Dörfer sind durch die bewundernswerte Tapferkeit der französischen und amerikanischen Truppen wieder gewonnen worden. Mehrere tausend Gefangene und bedeutende Beute sind in unsere Hände gefallen. Auf den anderen Teilen der Front nichts Wichtiges.

Amerikanischer Bericht vom 18. Juli. Die mit den Franzosen zum Angriff auf die feindlichen Stellungen zwischen Aisne und Marne vorgehenden Amerikaner drangen in einer Tiefe von mehreren Meilen in die feindlichen Stellungen ein. Sie machten viele Gefangene und erbeuteten Geschütze.

Eine englische Betrachtung.

Rotterdam, 18. Juli. (B. T. B.) Neuwwe Rotterdamse Courant zufolge schreibt Times: Die Berichte von der Marne und aus der Champagne lauten zwar optimistisch, aber das Publikum wird gut tun, in seinen Erwartungen vorsichtig zu sein. Einige Stellungen der Alliierten liegen so, daß selbst ein geringer Fortschritt den Deutschen sehr erhebliche Vorteile schaffen würde. Die Deutschen können zu schnell voraus in der Richtung auf Epernay, und zwar auf beiden Ufern der Marne. Diese Fortschritte bei Epernay sind beinahe die einzigen Gründe zur Besorgnis. Wer diese Besorgnis ist ernsthaft. Wenn die Deutschen sich Epernay und der Gegend im Norden und Süden der Stadt bemächtigen, so würde das eine Verstärkung der deutschen Front bedeuten, die wir nur beklagen könnten, falls sie diese Stellungen entweder zur Basis eines Angriffs gegen unsere Stellungen würden oder sich in ihnen behaupten könnten, wenn sie von uns angegriffen würden. Die Deutschen verfolgen stets das Ziel, uns starke Stellungen wegzunehmen, die uns als Ausgangspunkte zu Angriffen dienen könnten, und die wir erst wieder zurückerobern müßten, ehe wir zu einem ernsthaften Angriff übergehen könnten.

Vor der Entscheidung?

Basel, 20. Juli. (Zelunion.) Zeit Journal meldet: Nach Ansicht der Militärachverständigen nähert sich die Schlacht an der Marne und bei Reims ihrer Entscheidung. Die Entente sei entschlossen, das höchste Aufgebot ihrer Kräfte und Reserven jetzt in den Kampf zu werfen.

Fliegerangriff auf Paris.

Amsterdam, 20. Juli. (Zelunion.) Reuter meldet aus Paris: Um Witternacht wurde die Hauptstadt infolge eines Fliegerangriffs der Deutschen alarmiert; um 12 Uhr 47 Min. war alles wieder ruhig.

Der Krieg zur See.

Verenigt.

Berlin, 20. Juli. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wurden durch unsere Unterseeboote 18 500 B.-M.-Z. vernichtet. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Fliegerangriffe in Schleswig.

Berlin, 10. Juli. Wolffs Bureau teilt mit: Bei einem heute früh von mehreren feindlichen Flugzeugen auf unsere Luftschiff-Anlagen bei Tondern ausgeführten Angriff wurde nur ein geringer Sachschaden, kein Personalverlust verurteilt.

Kopenhagen, 10. Juli. (B. T. B.) Røde Stiftende teilt mit: Morgens 4 Uhr flogen drei englische Flieger, vermutlich Große-Doppeldecker, nordwestlich vom Vester Nebstid kommend, in südlicher Richtung gegen Tondern. Etwas später kehrte ein Flugzeug zurück. Zwei englische Flugzeuge stürzten bei Guldbager und auf Skallinge ab. Der Insasse des bei Guldbager herabfallenden Flugzeuges verbrannte den Apparat; er wurde nach Esbjerg überführt.

Der Gefangenen-austausch mit Frankreich.

Aus Berlin wird offiziell mitgeteilt: Das Berner Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über den Gefangenen-austausch ist nunmehr in Kraft getreten, nachdem die Voraussetzungen, die Auslieferung von 800 seit dem Jahre 1914 nach Frankreich verschleppten Kesslern zur Tat geworden ist. Am 15. d. M. sind diese 800 verschleppten Kessler, unter ihnen zahlreiche Alt-Kessler, in ihre Heimat zurückgeführt. Inzwischen sind auch 438 deutsche Offiziere in der Schweiz eingetroffen, die den Vereinbarungen entsprechend dort interniert werden. Die gleiche Zahl wird am 17. d. M. erwartet. Am 20. werden die ersten Unteroffiziere und Mannschaften in Konstanz erwartet, und am 27. wird einer der ersten Transporte der Zivilinternierten in Zürich eintreffen. Von da an wird mit einem regelmäßigen Austausch gerechnet, und zwar sollen monatlich 10 000 Unteroffiziere und Mannschaften ausgetauscht und 3000 Zivilinternierte in die Heimat entlassen werden. 400 Offiziere sollen monatlich in der Schweiz interniert werden. Nach einer sieben-tägigen Ubergangszeit in Konstanz werden die zurückgeführten Militärpersonen ihren Erziehungspunkten zugeführt werden und dann auf vier Wochen unter Gewährung ihrer Rationierung an ihren Angehörigen beurlaubt. Die Unteroffiziere und Mannschaften werden entsprechend dem Abkommen weder in der Front noch in der Etappe beschäftigt werden, sondern sollen an Stelle der entlassenen französischen Gefangenen der deutschen Kriegsmittellieferung zugeführt werden. Das Berner Abkommen ist in der Geschichte aller Kriege vollkommen neu, und neben seinem Hauptergebnis, dem Gefangenen-austausch, sind in ihm auch den späterhin in Frankreich zurückbleibenden deutschen Kriegsgefangenen wesentliche Verbesserungen ihrer Lage verschafft worden.

Deutschland.

Der neue Staatssekretär des Auswärtigen.

Christiano, 10. Juli. (Nord-Telegraphen-Bureau.) Der hiesige deutsche Gesandte Admiral v. Dönitz ist nach Berlin abgereist. Ammeland am Bahnhof waren Minister des Auswärtigen Bülow und die Mitglieder der deutschen Kolonie mit dem Prinzen zu Wied an der Spitze. (B. T. B.)

München als Sitz des Reichskanzlers.

Berlin, 10. Juli. (Amtlich.) In der heute unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Wirklichen Geheimen Rats von Payer, abgehaltenen Volltagung des Bundesrats wurde den vom Reichstag angenommenen Steuerergesetzentwürfen zugestimmt. Als Sitz des Reichskanzlers wurde München in Aussicht genommen. (B. T. B.)

Der neue Denkel-Projekt. Am dritten Verhandlungstage wurde das Verhältnis zwischen Professor Denkel und der Witwa des anatomisch-pathologischen Instituts erörtert. Die Leiter dieses Instituts haben sich besonders darüber beschwert, daß Denkel und seine Assistenten sich nicht genügend um die Sektion der in seiner Klinik anstehenden Frauen gekümmert habe. Dann wurde der Anatom Professor Koehle vernommen, auf dessen Anzeige das Verfahren gegen Denkel eingeleitet worden ist. Einen breiten Raum in der Verhandlung nahmen die Vorlesungen aus Gutachten des Professors Bumm aus Berlin, eine Autorität auf dem Gebiete der Frauenkrankheiten und Geburtshilfe, ein. Es wurden schließlich eine Anzahl Fälle aus der Privatpraxis des Angeklagten in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Prozeß Malvo.

Paris, 18. Juli. (B. T. B.) Nach einer Gavaas-Meldung hielt heute der Staatsanwalt vor dem Obersten Gerichtshof eine heftige Anklagerede, die zu dem Schluß kam, daß die Mitschuld Malvos an dem Verfall der Eritreer des Landes bedroht habe, unabweisbar sei. Malvo habe sich eines Verbrechens schuldig gemacht, das bei Zuhilfenahme misdehnter Umstände mit einer Höchststrafe von 3 Jahren Internierung in einer Festung bedroht sei. Er, der Staatsanwalt, sei überzeugt, daß der Gerichtshof den Angeklagten schuldig sprechen werde.

Bern, 10. Juli. (B. T. B.) Vereas berichtete sodann über die Handhabung der Polizei im Landesinneren während Malvos Anwesenheit. Er behauptete vor allem, daß Malvo zu Kriegsbeginn 2500 der Mobilmachungsabgabe verdächtige Arbeiter und Arbeiterführer nicht verhaften ließ. Gewiß solle man gegen die Arbeiter keine Verdachtspolizei durchführen, aber diese Maßnahme, deren Sabotagepläne der Regierung am ersten Mobilmachungsstage bekannt waren, hätten mit der Arbeiterklasse nichts gemein. Ganz besonders schärfte sich sodann der Berichtserstatter über die Tätigkeit der Polizei, besonders des beurlaubten zweiten Bureaus in Sachen von Spionageaffären und verschiedenen Standaflären. Der Bericht enthält sehr tendenziöse Ausführungen, die vor allem Caillaux belasten sollen, sie werden zwar als Anklagegrund gegen Malvo vorgebracht, sind aber offensichtlich zur Stimmungsmache gegen Caillaux bestimmt.

Paris, 19. Juli. (Gavaas.) Die Verteidiger Malvos brachten den Mitgliedern des Gerichtshofs eine von Malvo in Erwiderung auf die Rede des Staatsanwalts verfaßte Denkschrift zur Kenntnis, in der Malvo nach Prüfung der Anklage auf Verurteilung des gegen ihn angehängten politischen Prozesses die Befugnisse zurückweist, politische Propaganda geübt zu haben, besonders bei Streiks und militärischen Wutereien. Am Schluß der Denkschrift legt Malvo seine Politik der heiligen Eingekleidet dar und erklärt, er habe sich das Vertrauen der Arbeiter erworben und wenn dieses herliche Einvernehmen mit einer ganzen Bevölkerungsklasse das Gebären eines Aufruhrs darstelle, so sei es Sache des Gerichtshofs, dies auszusprechen und dessen Eingebot zu sein, daß, wenn er Mitschuldiger an einem Verbrechen gegen das Vaterland sei, er es mit allen denen sei, die wie er an der Verhütung der feindlichen Ungeheuer und der phantastischen Aufregung gearbeitet hätten. (B. T. B.)

Veränderungen im britischen Kabinett.

London, 10. Juli. (Reuter.) Der Parlamentssekretär des Munitionsministeriums Sir Warthington Evans ist zum Blokademinister, Lord Robert Cecil, der bisherige Blokademinister, zum beauftragten Sekretär für auswärtige Angelegenheiten, Generalmajor Cecil zum Parlamentssekretär beim Munitionsministerium ernannt worden, und wird als Stellvertreter des Munitionsministers fungieren. Major Walter H. Star ist zum Parlamentssekretär beim Lebensmittelministerium und zum Stellvertreter von Clynnes ernannt worden.

Es wird mitgeteilt, daß Balfour mit Rücksicht auf die vermehrte Arbeitslast im Kriege gewünscht habe, daß Cecil einen größeren Anteil an der Führung der auswärtigen Angelegenheiten übernehme. Deswegen sei Cecil als Blokademinister zurückgetreten.

Die englische Weizenreserve gesichert. Der Lebensmittelkontrollleur Clynnes sagte in einer Ansprache in Manchester, daß England jetzt ein Stadium erreicht habe, wo die Weizenreserve, auch wenn der Krieg noch erhebliche Zeit fort dauern sollte, gesichert sei. (B. T. B.)

Schwierigkeiten der holländischen Kabinettsbildung. Der parlamentarische Führer Adenburg lehnte die Bildung des holländischen Ministeriums endgültig ab, so daß jetzt vermutlich der katholische Parteiführer Hofens wieder einen Versuch machen wird, eine Regierung zu bilden. Wenn dieser Versuch auch scheitert, müßte der jetzige Premierminister Cort van der Linden ein außerparlamentarisches Ministerium zustande bringen. (Zelunion.)

Das Wiener Fremdenblatt nicht mehr offiziell. Baron Burian teilt mit, daß die Regierung vom Wiener Fremdenblatt verlangt habe, daß es gegenüber der auswärtigen Politik der Regierung eine neutrale Stellung einnehme. Das Fremdenblatt habe dagegen erklärt, daß es sich veranlaßt sehe, um gegenüber der österreichischen Regierung freie Hand zu behalten, auf die ihm vom Ministerium des Äußeren zukommende Subvention zu verzichten. Das Blatt sei jetzt vom Ministerium des Innern unabhängig.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 20. Juli. Amtlich. (B. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Tätigkeit der Engländer nahm in einzelnen Abschnitten zu. Gegen Metzern, nördlich von Morris und südlich von Neuz Bezerquin griff der Feind am Vormittag an. In Metzern sah er Fuß. Im übrigen wurde er abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne nimmt die Schlacht ihren Fortgang. Von neuem lehnte der Feind zum Durchbruch auf der ganzen Kampfront an. Vangerwogen drangen am frühen Morgen in Teile unserer vorderen Linien ein. Nach erbittertem Kampf war gegen Mittag der erste Stoß des Feindes auf den Höhen südwestlich von Solfont — westlich von Hartennes — östlich von Neuzilly, nordwestlich von Chateau-Thierry, zum Scheitern gebracht. Die von Fliegern im Anmarsch auf das Schlachtfeld gemeldeten und von ihnen wirksam bekämpften feindlichen Kolonnen ständeten Fortführung der Angriffe an. Sie erfolgten gegen Abend noch stärkster Feuerleistung. Zwischen Aisne und Durca brachen sie in unsere Gegenlinien, südlich des Durca meist schon im Feuer zusammen. Nördlich von Hartennes warfen wir den Feind über seine Ausgangslinien hinaus zurück. Die Truppe meldet schwerste Verluste des Feindes. Eine große Anzahl Panzerwagen liegt zertrümmert vor unserer Front.

Südlich der Marne tonhöher mächtige Feuerleistung, südlich von Marcell wurden erneut Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Während der Nacht nahmen wie unsere südlich der Marne stehenden Truppen, vom Feinde unbemerkt, auf das nördliche Ufer zu.

Deutsche Kämpfe südwestlich und östlich von Reims, nordwestlich von Souain wurden französische Vorstöße blutig abgewiesen.

Gestern wurden wiederum 30 Flugzeuge und sieben Kesselholme abgeschossen. Leutnant Köhnenhardt errang seinen 40. und 41. Leutnant Renhoff seinen 30., Hauptmann Berthold seinen 28., Oberleutnant Löhrer seinen 27., Leutnant Jacobs seinen 21. und Leutnant Köhne seinen 22. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Berlin, 20. Juli. Die glänzende Ausführung des abendlichen Uferwechsels über den breiten Strom, der unbemerkt vom Feinde vor sich ging, stellt eine neue glänzende Leistung der deutschen Führung und Truppen dar.

Mit dem Vorstoß auf das südliche Marneufer waren verschiedene Absichten der deutschen obersten Führung verbunden, die in vollem Umfang erreicht wurden. Zunächst galt es, durch den Uferwechsel, der trotz äußerster feindlicher Gegenwehr in glänzender Weise gelang, eine Vorbereitung der Angriffsbasis für den deutschen Vorstoß beiderseits Reims zu schaffen und starke feindliche Kräfte anzuziehen und zu locken. Die feindliche Führung lehnte denn auch sofort an dieser Stelle starke Reserven an und unternahm bereits am ersten Tage äußerst blutige, jedoch völlig ergebnislose Gegenangriffe. Während sich hier an der neuen Marnefront der Feind verbautete, mußte er den Deutschen einen großen teilsigen Erfolg südlich Reims lassen, wo die beherrschenden, in den Champagne-Schlachten der Jahre 1915 und 1917 von den Franzosen wild umstrittenen Höhen südlich der Linie Marzon-Moronvillers von uns genommen wurden. Der Vorstoß auf das südliche Marneufer in seiner ganzen Bedrohlichkeit für den Feind löste ferner endlich die lange erwartete französische Gegenoffensive aus, die sich zwischen der Aisne und nordwestlich Chateau-Thierry aufspielte. Sie endete trotz zweier Kampftage voll rücksichtslosster Kraftanstrengung und Untervergabung mit einem Mißerfolg für den Entente-Generalstabschef, der den angeführten Durchbruch vereitelt sah. Damit war die Aufgabe der auf dem südlichen Marneufer kämpfenden deutschen Truppen voll gelöst, ein weiteres Festhalten der dort gewonnenen Linien unnötig. Die deutsche Führung konnte nunmehr die übergegangenen Truppen wieder auf das nördliche Ufer zu neuen, wichtigeren Aufgaben zurücknehmen.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 19. Juli. Amtlich wird verlautbart: Im Raume beiderseits von Alago wurden österreichisch-italienische vorbereitete Vorstöße der Feinde teils durch Feuer, teils im Gegenstoß zurückgeschlagen. Ebenso scheiterte im Brentatal ein italienischer Angriff.

In Albanien blieben die Sicherungstruppen.

Der Chef des Generalstabs.

Parteinachrichten siehe 2. Beilage.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Carl Marchionni in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Aug. Gehmann Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Mus der Reichshauptstadt.

Zur Kohlenversorgung. Der vielbeklagte Mangelstand, daß frange und tagsüber beschäftigte Personen sich nicht mit Kohlen versorgen können, hat jetzt an zuständiger Stelle Beachtung gefunden. Der Verbandsausschuß des Kohlenverbandes Groß-Berlin hat beschlossen, daß die Ausstellung von Bescheinigungen an Verbraucher der genannten Art fortan durch die Gemeinden erfolgen soll. Die Bescheinigungen dürfen eine Anweisung nur an denjenigen Kohlenhändler enthalten, bei dem der betreffende Verbraucher in die Kundenliste eingetragen ist. Es werden zweckmäßig zur Abgabe an diese Verbraucher Tagesstundenzettel zu wählen sein, an denen die Nachfrage anderer Verbraucher nur gering ist. Falls dieser Anweisung nicht Folge gegeben wird, stellt der Verbandsausschuß unangenehme Maßnahmen gegen die zuwiderhandelnden Kohlenhändler in Aussicht.

Der Betrieb einer Brotkartenzentrale, in der Umsätze von etwa 100 000 Stück Brotarten erzielt wurden, wurde in einer Verhandlung vor der 3. Ferienkammer des Landgerichts I aufgerollt. Angeklagt wegen Diebstahls wie gewerbsmäßiger und einfacher Hehlerei waren der Buchbinder und Maschinenmeister Gustav Gröschke, der Drucker Friedrich Jungbluth, der Maschinenmeister Paul Babst, die Frau Berta Bruschke, Frau Charlotte Ciffler und deren Mutter, die Frau Alara Hilscher. Die drei Angeklagten Gröschke, Jungbluth und Babst waren bei der Buchdruckerei Fabbringer, welche wegen Ueberlastung der Firma Hermann Fleisch- und Brotarten zu drucken hatte, beschäftigt. Wie der Angeklagte Gröschke behauptete, hätten in der Druckerei die Brotkarten überall herumgelegen, um ausgefüllt zu werden. Wie der Angeklagte Gröschke behauptet, habe Rowatnik, der etwa 80 000 Brotarten entwendet habe, zu ihm geküßert, er habe keine Angst, daß etwas passiere, denn er müsse ja ein Paket Brotkarten auch in die Privatwohnung des Chefs bringen. Durch diese höchst eigenartigen Verhältnisse wollten die drei Angeklagten der Verurteilung entgehen. Die gestohlenen Brotkarten wanderten in ganzen Paketen durch die Mitangeklagte Bruschke an die Ciffler, die damit einen umfangreichen Handel trieb. Die Angeklagten waren nur zum Teil geständig. Das Gericht verurteilte Gröschke zu 3 Jahren Gefängnis, Jungbluth zu 1 Jahr 6 Monaten, Babst zu 1 Jahr 6 Monaten, Frau Bruschke zu 6 Monaten und 1 Woche, Frau Ciffler zu 4 Monaten und 1 Woche und Frau Hilscher zu 7 Wochen Gefängnis.

Die Kostprobe. Ein Kellner, der vor dem Gewerbegericht klagte, war von der Geschäftsleitung eines Weinlokals beauftragt worden, mit zwei andern Kellnern einen größeren Posten Wein von den Lägern nach dem Geschäftsort zu transportieren, wobei der Kläger die Aufsicht führen sollte. Da die drei an dem vollbeladenen Handwagen ziemlich schwer zu schieben hatten, so schlossen sich unterwegs noch drei Personen zur Hilfeleistung an. Einer dieser freiwilligen Helfer schlug, als es Zeit zum Frühstücken war, vor, eine Weinprobe vorzunehmen. Dies geschah so gründlich, daß, als der Kläger mit seiner Kolonne endlich das Lokal des Kabarets erreichte, sieben Flaschen Portwein und 23 Flaschen Sekt, die einen Gesamtwert von 1000 Mark hatten, fehlten. Die Kostprobe trug allen Beteiligten eine Anklage wegen Minderbrauchs ein. Das Schöffengericht verurteilte die sechs Angeklagten zu 150 Mark Geldstrafe. Der Kläger hatte sich bei diesem Urteil beruhigt, verlangt aber jetzt vor dem Gewerbegericht noch von der Beklagten Restlohn. Die Beklagte indessen begründet ihre Weigerung, zu zahlen, damit, daß K. der Hauptschuldige bei dem „Minderbrauch“ gewesen sei, da er gerade auf die andern aufpassen sollte. Das Gewerbegericht beschloß, über diese Behauptungen Beweis zu erheben, und vertagte deshalb den Rechtsstreit.

Das Strafverfahren gegen Neuköllner Magistratsmitglieder eingestellt. Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht Berlin II hat das gegen einzelne Mitglieder der Neuköllner Stadtverwaltung eingeleitete Verfahren wegen Höchstpreisüberschreitung eingestellt. Das Verfahren war, im Anschluß an die in der bekannten Neuköllner Ernährungsdenkschrift angeführten Fälle, in denen Neuköllner zur Abwehr eines Notstandes die Höchstpreise überschreiten mußte, eingeleitet worden. Die Mitteilung von der Einstellung des Verfahrens ist ohne Angabe von Gründen erfolgt. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die neue Bundesratsverordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai d. J. hierbei von Einfluß gewesen ist, derzufolge sich der Käufer unter gewissen Bedingungen bei Ueberschreitung der Höchstpreise nicht strafbar macht. Von dem auf Grund der Neuköllner Denkschrift anhängig gemachten Verfahren bleibt also nur noch das Verfahren wegen Vermaßung von Saatgut durch die Neuköllner Stadtverwaltung übrig, in dem der Erste Staatsanwalt die Anklage gegen zwei Stadträte, mehrere städtische Beamte und den Verkäufer des Saatgutes erhoben hat.

Einbrüche. Bei einer Teppichfirma in der Wilhelmstraße 55 erbrachen die Geschäftsräume und entwendeten 39 orientalische Teppiche im Gesamtwert von 140 000 Mark. — Auch ein großer Zigarettenfabrikant wurde bei einer Hehlerei in der Stadt verurteilt. Dort stahlen Einbrecher drei Frachtkisten, die zusammen 163 000 Zigaretten enthielten und schafften die Beute mit einem ebenfalls gestohlenen Handwagen fort.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Juli.

Schlechte Ernteausichten für Obst.

Die Ernteausichten für Obst sind, entgegen früheren Mitteilungen, sehr schlecht. Es wird berichtet: Die vor einiger Zeit durch die Blätter gegangene Nachricht über eine gänzliche Missernte in dessen befristet ist. In Bayern wird die Obsternnte durchweg als gering, der Kirchenertrag im Bezirk Bamberg beispielsweise auf etwa den fünften Teil des vorjährigen Ertrages geschätzt. Die Heidelbeeren und Himbeeren in Schwandorf sind zum großen Teil erfroren. Im

Unterschied hat die Ernte unter der ungünstigen Witterung während der Entwicklungszeit gelitten. In Baden und Württemberg sieht es nicht ganz so schlecht aus, doch scheint auch dort die unabweisliche Reaktion auf die vier hervorragenden Obstverlesarten, die diesen Ländern hintereinander beschieden waren, bevorzugen. Pfälzer, Birnen und Äpfel verprochen in Thüringen wenig. Im Bezirk Kassel sind die Ausichten kaum mittelmäßig zu nennen. Eine Pfälzenernte wird in Posen so wenig wie in Schlesien in diesem Jahre erwartet, was einen entscheidenden Anstoß für Norddeutschland bedeutet. Äpfel und Birnen werden in noch geringerer Menge dort geerntet werden als im Vorjahre. Auch die Blaubeerenernte in Pommern läßt zu wünschen übrig. Man kann sich also schon mit Sicherheit darauf einrichten, daß für den Fruchtertrag bestimmtes Obst auf Märkte und in Läden im Herbst 1918 so gut wie gar nicht gelangen wird. Denn in erster Linie muß, wie im Vorjahre, der gewaltig gesteigerte Bedarf an Protostoffen gedeckt werden.

Ueber die

Bewirtschaftung des Kernobstes

wird berichtet: „Im vergangenen Jahre ist es gelungen, durch Vereinstellung von über fünf Millionen Zentner Obst die Verteilung der Bevölkerung von November 1917 bis Juli 1918 mit einem durchweg guten Obstertrag durchzuführen. Ohne Bewirtschaftung wäre dies nach den Erfahrungen der Vorjahre, die uns das unerfreuliche Beispiel abgeben, nicht möglich gewesen. An der Bewirtschaftung muß deshalb auch in diesem Jahre festgehalten werden. Sie ist durch die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 17. Juli 1918 im wesentlichen wie im Vorjahre vorzuziehen. Es werden allenfalls Sammelstellen zum Anlauf des Obstes errichtet werden. Zum Anlauf wird der Obsthandel in weitestem Maße herangezogen werden. Alle Erzeuger sind verpflichtet, ihr Obst an diese Sammelstellen gegen Zahlung des Höchstpreises zu verkaufen, mit Ausnahme der ihnen für ihren eigenen Wirtschaftsbetrieb verordnungsgemäß überlassenen Selbstversorgungsmenge. Die Abgabe von Kernobst an Personen, die nicht mit einem Ausweis der Landesstelle versehen sind, ist verboten und zwar auch die unentgeltliche Abgabe. Die Versendung von Kernobst ist nur mit Genehmigung der Landesstelle für Gemüse und Obst — Geschäftsabteilung —, Dresden-N., Hospitalstraße 10b, Erlaubnis zulässig. Nur in solchen Fällen, wo der Erzeuger das ihm für seinen Haushalt zu verbleibende Obst an einem andern Ort als dem Erzeugerort zu verbrauchen wünscht, muß er den Antrag an den Kommunalverband richten, in dem sich das Obst befindet. Der Antragsteller hat dabei die Adresse des Abnehmers, des Empfängers und die Menge und Art der zu versendenden Früchte anzugeben und eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes bezugnehmend darüber einzureichen, daß der Antragsteller in diesem Orte Eigentümer einer Obstnutzung ist, seinen Haushalt aber nicht in diesem Orte führt.“

Erfolgreiche Widerungen der Verordnung gegenüber dem Vorjahre sieht der ungünstige Stand der Ernte nicht an, doch ist auch in diesem Jahre der Verkauf durch die Erzeuger unmittelbar an der Erzeugerstelle und am Tage der Ernte an Ortsangehörige in Mengen von nicht mehr als ein Pfund für die Person zum Erzeugerhöchstpreis gestattet, und zwar ohne die im Vorjahre geltende Beschränkung auf die Zeit von 8-8 Uhr vormittags. Außerdem wird das Edelobst von der Erlaffung durch die Sammelstellen und von der Festsetzung von Höchstpreisen ausgenommen. Um zu vermeiden, daß heuer ähnlich wie im Vorjahre minderwertiges Obst als Edelobst verkauft wird, soll der Absatz des Edelobstes durch besondere Verordnung des Ministeriums des Innern geregelt werden, das Edelobst soll nur in bestimmten Verkaufsstellen abgesetzt werden, die andres Obst nicht führen. Eine gleiche Bestimmung ist für anerkanntes und ausländisches Obst getroffen worden, das sich erahrungsgemäß nicht immer zum gleichen Preise wie das heimische Obst beschaffen läßt. Es soll auf diese Weise vermieden werden, daß auch heimisches Obst zu den höheren Preisen des ausländischen Obstes in den Handel gebracht wird.“

Die öffentliche Bewirtschaftung des Obstes wird in ein merkliches Licht gerückt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Obst von den Staatsstrahlen nicht etwa direkt in die Marmeladenfabriken gebracht oder direkt an Verbraucher abgegeben wird. Die amtliche Regelung sieht vielmehr die Verpachtung dieser Obstnutzungen an Händler vor, die nachher verpflichtet sein sollen, das Obst an die Landesstelle für Obst und Gemüse abzuliefern. Es wäre natürlich viel billiger und für die Verbraucher viel vorteilhafter, wenn nicht erst Händler vom Obst der Staatsstrahlen Nutzen ziehen könnten.

Buchhandel und Zugsteuer.

Der Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig weist in einer Eingabe an das Reichsfinanzamt und andere amtliche Stellen darauf hin, daß der deutsche Buchhandel durch das geplante Umsatzsteuererregnis für Luxusgegenstände und die bereits in Kraft getretene Bundesratsverordnung zur Sicherung dieser Umsatzsteuer vom 2. Mai 1918 stark benachteiligt und schwer geschädigt werde. Große Unsicherheit für den Buchhandel bringe insbesondere die Bestimmung mit sich, wonach der Umsatzsteuer unterliegen sollen: „Antiquitäten, einschließlich alter Drucke und Gegenstände, wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, sofern diese Gegenstände nicht vorwiegend zu wissenschaftlichen Zwecken gesammelt zu werden pflegen, sowie Exzerptsätze des Buchdrucks auf besonderem Papier mit beschränkter Auflage.“ Diese Bestimmung bedürfte der Klarstellung. Einmal sei in ihr nicht ausgeführt, was unter alten Drucken zu verstehen sei. Jeder werde darüber eine andre Meinung haben können. Ferner könnten die Worte: „Gegenstände, wie sie aus Liebhaberei von Sammlern erworben werden, sofern diese Gegenstände nicht vorwiegend zu wissenschaftlichen Zwecken gesammelt zu werden pflegen“, auf verschiedene Weise ausgelegt werden, zumal etwa 90 Prozent aller seit 1450 bis heute gedruckten Bücher „wissenschaftlichen“ Charakter trügen. Auch könne der Buchhändler häufig nicht beurteilen, ob ein Käufer aus wissenschaftlichen Gründen, oder aus Liebhaberei ein Werk erwerbe. Der Börsenverein empfiehlt stat dessen folgende Gegenstände des Buchhandels in die Steuer einzubeziehen: „Neuzeitliche Einzeldrucke, die in einer Auflage von nicht mehr als 100 Stück gedruckt werden und wegen ihrer künstlerischen Herstellung und beschränkter Auflagenhöhe zu einem Preise von mindestens 20 Mk. verkauft zu werden pflegen; ferner die fremdsprachlichen illustrierten Werke des 18. Jahrhunderts, die Gegenstände des Autographenhandels mit 10 Prozent; alle andern Drucke mit einem Verkaufspreis von 300 Mk. und mehr, soweit sie nicht wissenschaftlichen Zwecken dienen, mit 5 Prozent.“

Junge Kartoffeln.

ml. Der deutsche Boden vermag 54 Millionen Tonnen Kartoffeln zu erzeugen. Würde man die deutsche Kartoffelernte des Jahres 1913 in einen Sad füllen, so müßte dieser Behälter 400 Meter hoch und ebenso breit sein. Und wenn man bedenkt, daß der Eiffelturm, dieser Höhenkoloß der Pariser, in dessen unterstem Stockwerk die Berliner Siegessäule gut Platz fände, nur 300 Meter hoch ist, so kann man sich ungefähre vorstellen, welche Dimensionen der deutsche Kartoffelsack etwa haben müßte. Dazu kommt, daß sich der deutsche Kartoffelanbau während des Krieges noch außerordentlich erhöht hat und immer noch weiter erhöht.

Bei dieser Berechnung muß man indes auch eines andern Vorteiles gedenken, den uns diese Riesennissen von Kartoffeln gewähren, nämlich die Verbesserung, die der deutsche Boden durch ihren Anbau im Lauf der Zeiten erfahren hat. Kartoffelboden muß tief bearbeitet werden, braucht viel Dünger, besonders Kali, und

muß auch fortwährend vom Unkraut gesäubert werden. Ist also ein Kartoffelfeld abgeerntet, so ist die Bodenbeschaffenheit derart verbessert, daß man ohne weiteres zum Anbau von Getreide schreiten kann. Auf diese Weise sind Weiden deutschen Bodens in fruchtbarer Ackererde verwandelt worden, und der Zahl, daß durch jede Verwertung des Kartoffelanbaus unsere Getreideernten gesteigert werden können, sollte sich also jeder wohl merken.

Als Nährpflanze muß die Kartoffel in diesem Jahre, das uns nicht nur eine merkbare Fleischknappheit, sondern auch ganz fleischlose Zeiten bringt, ganz besonders in Betracht kommen. Jedenfalls kann man das wertvolle Stärkemehl gegenwärtig kaum in leichter und gesünderer Form zu sich nehmen, als in Form mehligter, gut weichgelochter Kartoffeln. Um den Nährwert der Kartoffel, in deren Mineralstoffen wie fast bei allen Vegetabilien die basischen Bestandteile überwiegen, noch zu erhöhen, ist es gut, sie mit mehr säurehaltigen Nahrungsmitteln, d. h. mit solchen, bei denen die Menge der Säuren die der Basen übersteigt, zusammen zu genießen, also etwa mit Fisch, Käse oder Quark, Erbsen, Nudeln und Brot. Denn erst wenn der Gehalt und Ueberfluß an Säuren und basischen Bestandteilen zweier Nahrungsmittel auf diese Weise ausgewogen wird, bilden sich die dem Körper so wichtigen Nährsalze.

Wohnungsnot und Wohnungsergänzungen.

Der Deutsche Wohnungsausschuß schreibt:

Angeht die drohende Wohnungsnot wollen verschiedene Gemeinden leerstehende Kleinwohnungen und leerstehende Läden und Gewerberäume zu Wohnungen umbauen und herrichten. Es ist natürlich dringend zu wünschen, daß für unsere heimkehrenden Krieger in erster Linie durch umfassende Errichtung neuer geeigneter und freundlicher Wohnungen gesorgt wird; sollte sich das Betreten des weiterwärtigen Weges aber doch als unerlässlich erweisen, so wäre auch auf die Schaffung sogenannter Wohnungsergänzungen nachdrücklich hinzuweisen. Diese bestehen darin, daß für eine größere Zahl Häuser und Wohnungen, etwa je für ein oder zwei ganze Häuserblöcke, in einem in gewisse Einrichtungen geschaffen werden, die die einzelne kleine Wohnung zu verlassen und in wertvoller Weise zu ergänzen vermögen. In Betracht kommen insbesondere Kinderkrippen, Kinderhöfe, Kinder- und Jugendspielfläche, Les- und Unterhaltungsräume, Waschküchen, Badegegensitze usw. Die große Aktienbau-Gesellschaft für kleine Wohnungen in Frankfurt a. M. und andre gemeinnützige Bauvereinigungen haben schon seit geraumer Zeit derartige Einrichtungen geschaffen. Es leuchtet ein; daß auf diese Weise ohne zu großen Kostenaufwand die Verhältnisse in den einzelnen kleinen Wohnungen wesentlich verbessert werden können, indem die Befriedigung eines nicht geringen Teils der Ansprüche und Bedürfnisse der Familien aus der Enge der einzelnen Wohnung in diese Wohnungsergänzungen verlegt wird.

Bettelhaus und Sorgenliefe.

Unter dieser anmutigen Ueberschrift ist in einer großen Zeitung ein Beiratsinserat erschienen, auf das der Kunstwart aufmerksam macht:

Bettelhaus und Sorgenliefe finden sich alleine. Wer aber in der Zeit eine soziale und geistige Erhebung sucht, tut gar nicht überdies daran, dem ideal gefärbten, vornehmen, diskreten Chefbureau . . . seine Derangementswünsche darzulegen und sich entsprechende Vorschläge machen zu lassen. Briefwechsel streng diskret und kostenlos.

Dazu bemerkt der Kunstwart mit bitterer Ironie:

„Bettelhaus und Sorgenliefe!“ Rebt, gerade während des Weltkrieges, sind wir also dahin gekommen, daß die Welt, die mit Gaiten und Gattinnen handelt, solche Menschen verächtlich verpöten dürfen, denen beim Eingehen einer Ehe die Aneignung von Mensch zu Mensch und nicht das Bankbuch entscheidet.“

Soweit ist es nicht erst jetzt gekommen, soweit sind wir schon lange. Beschäftigt ist eben alles. Keiner der vielen Finanzprediger steht auf, um gegen eine solche Immoral einen Finger zu rühren.

Richard Klauig f. Wieder hat die organisierte Leipziger Arbeiterkraft auf dem Schachtelfeld einen ihrer besten Kämpfer eingebüßt. Der Dreher Richard Klauig ist, 34 Jahre alt, gefallen. Genosse Klauig war ein äußerst tatkräftiger Vertreter der proletarischen Interessen. Er hat sich sowohl in der Partei wie auch in der Gewerkschaft jahrelang stark betätigt. Als Mitglied der Ortsverwaltung der Bahnhofs Leipziger vom Deutschen Metallarbeiterverband hat er stets mit rücksichtsloser Energie der verhängnisvollen Inflationspolitik des Vorstandes entgegenzuwirken. Mit Treue und Opferbereitschaft bis zum Ausbleiben wirkte er für seine Ueberzeugung. Seiner raskosten Agitation ist die Haltung der Leipziger Metallarbeiter mit zu danken. Für ihn gab es kein Höheres, wenn es galt mit seiner Person für seine Ueberzeugung einzutreten; wenn für die Arbeiterklasse ein gefährlicher Posten zu besetzen war, dann konnten sich die Arbeiter auf Richard Klauig verlassen. Durch die Tat hat der Genosse Klauig bewiesen, daß es ihm bitter ernst war mit dem Kampf für den Sozialismus, daß er entschlossen war, für die Interessen seiner Klasse die schwersten Opfer zu bringen. Und er ist — das wissen die, die seine Verhältnisse näher kannten — ein Opfer seines Opfermutes geworden. Er wirkte in hervorragendem Maße für den Frieden — und er starb auf dem Schachtelfeld! Opfer fallen, aber solche Opfer, wie Richard Klauig es geworden ist, sind besonders tragisch; für die organisierte sozialdemokratische Arbeiterkraft sind sie so schmerzhaft. Richard Klauig war der Proletarier, der, ohne sich vorzudrängen, aber auch ohne Rücksicht auf seine Person, mit eiserner Entschlossenheit für seine Ueberzeugung eintrat. Die ihn und seine Tätigkeit gekannt haben, werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Auch ein Gebiet für die Beschlagnahme. Die Welt am Montag schreibt:

Das Vaterland braucht Geld, es wird zu neuer Sammlung bringen angefordert, jeder hat schon geproft, was er konnte; aber — so fragt einer unsrer Leser — warum sollen sich viele von ihrem letzten, liebsten Andenken trennen, die meist nur ideellen Wert haben, während tausend andre unbeschäftigt herumlaufen, die Klumpen Goldes — im Grunde tragen? Fast jeder dritte Mensch, auch jüngere, präferieren mindestens einen goldenen Zinken an ihrem Gebiß, obwohl man sich für die Unzulänglichkeit wirkenden Zahnersatz kaum schon nennen kann, sondern unumgänglich und an die Rasenringe der Wilden erinnernd. Aber es soll ja jetzt Geld geben, die sich nur der „Roblesse“ wegen ihr Mundwerk mit Gold beschlagen lassen! Woher kommt diese goldschmähige Mode? Denn es ist nur eine Mode. — Viele Jahre hat man ganz ausständig, ohne mit Gold zu prohen, alle lächerlichen Zahnten zurecht machen können, es ging mit andern Material ebenso gut, war billiger und sah viel besser aus. Warum geht das jetzt nicht mehr? Sind diese goldenen Zinken eine gesundheitsliche oder sonstige Notwendigkeit? Gewiß nicht. Wenn alle goldenen Zähne, Plomben, Brillen, Gannnen ausgeputzt würden, so ergäbe das einen hübschen Regen. Nur die „Morgenstunde hat Gold im Munde“, statt der „Schränkontrolle“ sei eine „Kantontrolle“ empfohlen!

Wir vermitteln den Vorschlag mit Vergnügen der Goldsammler; mag sie sich mit den zorniggefärbten Goldzähnen abfinden, wenn diese nur nicht beim event. Verlust einer Beschlagnahme jubeln.

Zeit Geld ist noch alles zu haben.

Diese alte Weisheit wird auch bestätigt in einer Anzeige in den alldeutschen Leipziger Neuesten Nachrichten, nach der neuen Ausgabe einer Hypothek von 200.000 M. auf ein Rittergut eine gute Jagd auf Meise, Hasen, Gänse usw., Aische, gute Verpflegung und Wohnung auf besagtem Rittergut geboten werden. Wenn man bedenkt, daß es sich von den Zinsen für eine Million allein schon über diese schweren Zeit gut leben läßt, so kann man getrost behaupten, daß dem eventuellen Gebraucher mit einer guten Meise-, Hasen- und Gänsejagd sowie guter Verpflegung und freier Wohnung noch eine Extrawurst gebraten würde.

Die Grippe. Vom Gesundheitsamt des Rats wird uns geschrieben: Die „Spanische Grippe“ genannte Influenza, die etwa seit Anfang Juli d. J. in Leipzig herrscht, hat bisher keinen größeren Umfang angenommen. Manche Fälle verlaufen jedoch sehr schwerer, vor allem, wenn sie mit Ungelegenheiten verbunden sind, und haben einige Male sogar zum Tode geführt. Namentlich jüngere Leute in den zwanziger Jahren sind gefährdet, am meisten aber dann, wenn sie die Erkrankung nicht beachten und weiterarbeiten. Es ist dringend notwendig, daß in jedem Falle, auch bei nur leichtem Unwohlsein, sofort die Temperatur des Kranken gemessen wird, und daß man bei geringstem Fieber, auch schon bei 38 Grad, den Kranken von der Arbeit zurückhält und einen Arzt hinzuzieht. Besonders gefährlich ist es, wenn solche Kranke weiterarbeiten, weil dadurch der Eintritt von schweren Krankheiten gefördert wird.

Schlecht liegende Briefmarken. In letzter Zeit wird gelegentlich über die Unbrauchbarkeit der Briefmarken und die Verschwendung der amtlichen Poststellen geklagt. Die Postverwaltung stellt nicht in Abrede, daß sich in vielerlei Hinsicht die Verhältnisse gegen früher etwas verschlechtert haben. Die Ursache davon ist in gewissen Schwierigkeiten zu suchen, die sich neuerdings bei der Herstellung des Klebstoffs und des Papiers ergeben und die sich vorderhand nicht beseitigen lassen. Sie müssen als eine Begleiterscheinung des Krieges hingenommen werden. Um zu erreichen, daß die Marken möglichst gut haften, empfiehlt es sich sehr, daß die Verbraucher sie vorsichtig und nur mäßig aufkleben. Andernfalls wird von der Klebstoffschicht zuviel fortgenommen, so daß die Marken dann abfallen.

M. J. Kolonialkriegsrente. Zugunsten der schwer geschädigten Deutschen in den deutschen Kolonien werden in der Zeit bis Ende September Opfertage in ganz Deutschland stattfinden. Für Sachsen sind hierfür der 14. und 15. September bestimmt. Der Ertrag soll der beim Schutruppen-Kommando verwalteten Kolonialkriegsrente zuzuführen und kommt den Kolonialkriegern, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen, aber darüber hinaus auch allen andern Kolonialdeutschen zugute, die in den Schutzgebieten bei Ausbruch des Krieges ihr Hab und Gut verloren haben.

Postkreditbriefe. Zur Reisezeit wird auf die Einrichtung der Postkreditbriefe aufmerksam gemacht, die unterwegs den Zahlungsvorgang wesentlich erleichtern und dem Besitzer ermöglichen, seine Geldmittel bei jeder Postanstalt des Deutschen Reichs in einfacher Weise zu ergänzen. Die Bestellung eines Postkreditbriefes kann unter Einzahlung der Summe, auf die er lauten soll — Höchstbetrag 3000 Mark — bei jeder Postanstalt des Deutschen Reichs erfolgen. Postkreditbriefen können den Betrag auf ein für sie anzulegendes Postkreditkonto überweisen lassen. Abhebungen — bis zu 1000 M. an einem Tage — sind bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs zulässig. Als Ausweis ist dabei außer dem Postkreditbrief eine Postausweiskarte oder eine der für die Abholung postlagernder Sendungen während des Krieges vorgeschriebenen Ausweispaapiere vorzulegen. Die Gebühren sind sehr mäßig, außer der Zahlkartengebühr sind einmalig 50 Pfg. für die Ausfertigung des Kreditbriefes und 10 Pfg. für jede Rückzahlung bis 100 M., 5 Pfg. mehr für je 100 M. bei höheren Beträgen zu entrichten.

Das Sonntagkonzert im Albertpark wird am 21. Juli von 11 bis 1/2 12 Uhr vom Curt-Weitz-Orchester ausgeführt werden.

Paketverkehr mit Finnland. Vom 22. Juli an werden Postpakete ohne Wertangabe nach Finnland bis zum Gewicht von fünf Kilogramm zur Beförderung auf dem Wege über Reval—Helsingfors angenommen. Die Gebühr beträgt 1,60 M. Nicht zugelassen sind Radnadeln, Eisenbestände, Krantossettel. Die Ausdehnung darf 60 Zentimeter in jeder Richtung nicht überschreiten; sperrige Sendungen werden nicht angenommen. Erforderlich sind eine weiße und zwei gelbe Rollinhaltsverklärungen in deutscher Sprache. Im übrigen unterliegen die Sendungen den jetzt im Paketverkehr mit dem Ausland geltenden Bestimmungen.

Neue Bekanntmachungen. Die in der vorliegenden Ausgabe abgedruckten Bekanntmachungen betreffen: Höchstpreise für rohes Fleisch; Verkauf von Nahrungsmitteln unter fälschlicher Aufsicht.

Fleischmengen- und Knochenbeihilfelausgabe auf dem Schlachthofe. Montag, 22. Juli, von 9—12 Uhr Verkauf an die Nummern 87 501 bis 88 000. Passendes Kleingeld und zwei Fleischmarken T sind mitzubringen.

Freibank I. Serie: Nr. 9281—10 150; **Freibank II.** Nr. 411 bis 1100. Zwei Fleischmarken T sind mitzubringen.

Schellenberger. Nr. 8051 bis 9050.

Veranstaltungen der Jugendvereine. Montag keine allgemeine Sitzung. — **Alt-Leipzig.** Sonntag: Spielen auf der Nonnenwiese. Treffen 2 Uhr am Mühlplatz. Dienstag: Vereinsabend. — **Leipzig-Gutrich.** Sonntag: Tagesausflug. Donnerstag: Vereinsabend. — **Leipzig-Meinshofer.** Sonntag: Früh 8 Uhr Treffen im Heim zum Besuch des Botanischen Gartens. Nachmittag: Badeausflug. Treffen 1/4 12 Uhr im Heim. Mittwoch: Vortrag. Freitag: Vorkursabend. — **Sonnabend, 27. Juli, Tagesausflug nach Eisenberg.** — **Leipzig-Wagnitz-Lindenau-Schleußig.** Sonntag: Tagesausflug. Abmarsch Punkt 5 Uhr vom Lindenauer Markt. Dienstag: Fortsetzung des Diskussions. Freitag: Spielen auf der Nonnenwiese. — **Leipzig-St.** Sonntag: Badeausflug. Abmarsch 1/2 12 Uhr vom Mühlplatz, bei schlechtem Wetter ist das Heim geöffnet. Mittwoch: 1/2 12 Uhr Vereinsabend. — **Leipzig-Süd.** Sonntag: Literarischer Abend. Anfang 1/2 7 Uhr. Das Lokal ist von 5 Uhr an geöffnet. Donnerstag: Vereinsabend. — **Großschöcher.** Sonntagfrüh: Ausflug nach den Parthenbüchern. Abends: Gesellschaftliches Beisammensein. Donnerstag: Spielen im Freien.

Polizeinachtichten.

Ein Wüstling. Am 16. Juli hat in L.-Wöckern ein Unbekannter an einem 12jährigen Mädchen ein Sittlichkeitsvergehen versucht. An der Hand der Personenbeschreibung wird gebeten, Näheres sofort der Kriminalpolizei mitzuteilen. Der Täter ist 30 bis 35 Jahre alt, 1,70 Meter groß, schwächling, bartlos, hat hageres Gesicht und schwarzes Haar. Er trug graugrünen Jacketanzug, schwarzen steifen Filzhut, braune Militärschnürschuhe, Klemmer und hatte einen dunklen Sommerüberzieher über dem Arm.

Unfall. Als ein Former der Maschinenfabrik von Mansfeld in L.-Neuditz unter einem in der Schwere hängenden 40 Zentner schweren Formendeckel gebeugt zu hantieren hatte, brachen plötzlich die Längsträger des an einem Kranne hängenden Deckels und dieser fiel auf den bedauernswerten Mann herab, ihn unter sich begrabend. Sehr schwer verletzt, aber noch lebend wurde er von einigen seiner Arbeitskollegen nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Vermißt. Die Schülerin Elsa Demme, 14 Jahre alt, die schon wiederholt die elterliche Wohnung verlassen hat, um sich tagelang in der Stadt umherzutreiben, ist seit dem 17. Mai wiederum verschwunden und treibt sich vermutlich auf dem Lande herum. Das Mädchen ist schwächling, hat dunkles Haar und ist etwa 1,60 Meter groß; an der linken Halsseite befinden sich einige Operationsnarben. Die Kriminalpolizei ersucht, ihre Inschußnahme zu veranlassen.

Wägelwagenbrand. Am 17. Juli 1918, nachmittags gegen 5 Uhr, ist auf dem Connewitzer Bahnhof ein auf einem Güterwagen verladener leerer Wägelwagen in Brand geraten und bis auf das Gestell niederverbrannt. Das Feuer wurde von dem Bahnpersonal gelöscht.

Merkel Diebstähle. Am 8. Juli 1918 hat eine unbekannte Frauensperson, die etwa 20—25 Jahre alt, mittelgroß und schlant, dunkel gekleidet war und einen breitrandigen Strohhut und braune Halbschuhe trug, bei einem gelegentlichen Aufenthalt in einer Wohnung im Nordviertel einen schwarzen Ledermantel, einen braunen weichen Filzhut, ein dunkelblaues Damenjackett und eine weiße Bettdecke gestohlen. — Zwei Soldaten wurden am 13. Juli 1918, morgens gegen 2 Uhr, dabei betroffen, als sie in der Neuhäuser Straße einen Auslageladen erbrochen hatten und daraus etwa 100 Stück Anstichpostkarten stahlen. Leider sind sie entkommen. — Ferner ist am 12. Juli, vormittags gegen 10 Uhr, von einem Wagen gestohlen worden eine Kiste, gezeichnet R. S. 810, enthaltend 24 Stück Pöbelmesser, vermutlich während der Wagen einige Zeit aufschloßlos in der Dresdner Straße in der Nähe der Freibstraße gestanden hat. — Am 8. Juli aus einem hier auf dem Bahnhöfen eingegangenen Eisenbahnwagen 4 Balken Papier, gezeichnet S. n. E. 4572, 74, 79 und 83. Das Papier ist in Bogen von 57 x 78 1/2 Zentimeter groß, es ist glattes, ungeleimtes Druckpapier und über 1500 M. wert.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Zwenkau. Butter wird im Konsumverein, bei Kühn, Nabe und Nach auf Marke X verabsolgt.

Leusch. Kartenausgabe. Die Ausgabe der neuen Seifen- und Landbesitzkarten findet vom 22. bis 25. d. M., vormittags, und an der Nachmittagen von 3 bis 6 Uhr statt. Die Karten werden nur gegen Vorlegung der Reichshaushaltungskarten und nicht an Kinder unter 12 Jahren abgegeben.

Marzkränke. Der Verkauf von Butter erfolgt auf Abchnitt 2 der Landesamtliche Montag, vom vormittags 7 Uhr an für die Inhaber der blauen Ausweisarten. Nr. 1 bis 1000 bei Dose, Nr. 1001—2000 bei Eschenhain, Nr. 2001—3000 bei Schneider, Nr. 3001—4000 bei Dehof, Nr. 4001—5000 bei Paul Sander, Nr. 5001 bis 6000 bei Köcher, Nr. 6001—7000 bei verm. Sander, Nr. 7001 bis 8000 sowie für Militärurlauben und Kranke bei Hünninger.

Sächsische Angelegenheiten.

Verbot frühzeitigen Kartoffelausnehmens.

Das Ministerium macht bekannt: Die Kartoffelerzeuger sind verpflichtet, die Kartoffeln nach dem 1. August zu ernten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können nähere Anordnungen treffen. Die Kartoffelerzeuger sind ferner verpflichtet, die zur Erhaltung und Pflege erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Sie dürfen die Kartoffeln in Höhe der bei ihnen sichergestellten Mengen nicht veräußern oder beiseiteschaffen. Durch Rechtsgeschäft darf über die sichergestellten Mengen nur zur Erfüllung der Verpflichtung der Lieferung verfügt werden. Rechtsgeschäftliche Verfügungen stehen gleich Verfügungen, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Bei vorsätzlichem Verschweigen, Beiseiteschaffen, Veräußern oder Verschüttern von Vorräten muß die Geldstrafe, wenn ausschließlich auf sie erkannt wird, mindestens dem zwanzigfachen Werte der Vorräte gleichkommen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht.

Gebiet.

In den Dresdner Nachrichten finden wir folgende Notiz: Großschöcher (Amisch, Dösch). Als der Rittergutsbesitzer v. Byern hier auf dem Rehanstand war, hörte er zwei Schüsse fallen und sah einen Unbekannten, der ein Gewehr bei sich hatte und die Flucht ergreifen wollte. Als der Wilderer auf wiederholten Anruf nicht stehen blieb, dann aber auf Byern anlegte, gab dieser einen Schuß ab, der den Wilderer auf der Stelle tötete. Der Erschlossene ist der 60jährige Eisenwerksarbeiter Graf aus Gröba. Sollte der Schütze etwa der konservative Landtagsabgeordnete v. Byern sein?

Der Hofer Anzeiger veröffentlicht eine Zuschrift, in der es heißt:

„Ich erlebte am Sonntag am Eyprichstein beim Beerensuchen einen häßlichen Antritt, der wohl wert ist, veröffentlicht zu werden. Einige Frauen, die ruhige Beeren pflückten, wurden plötzlich von wütenden Burken mit Knäpeln und Steinen bedroht, nur durch die ruhige Abweisung mit der Versicherung, daß sie keine „Sachse n“, sondern Hofer wären, ließen sich die Burken bewegen, ohne weitere Mißhandlungen abzugeben. Dann später abends am Bahnhof in Straßenlärm war die Vorführung veranlaßt, um dem abfahrenden Zuge bezw. den Leuten die gemeinsten Schimpfworte nachzurufen.“

Gewerkschaftsbewegung.

200 000 Organisierte in Schweden.

I. K. Aus dem Jahresbericht der gewerkschaftlichen Landeszentrale Schwedens, der wegen des rapiden Wachstums der Gewerkschaften und wegen der durch die Teuerung hervorgerufenen vielen Lohnbewegungen erst in einigen Monaten fertig sein würde, wird vorläufig mitgeteilt, daß die Zahl der Mitglieder am Ende des Jahres 1917 188 148 betrug, also den früheren Höchststand vom Jahre 1907 wieder erreicht hatte. Inzwischen ist in diesem Jahre die Mitgliederzahl auf über 200 000 gestiegen.

Unangebrachte Entrüstung.

Die christlichen und kirchlich-dunkelsten Gewerkschaftsfraktionen haben eine eigene Vereinigung der Kriegsbeschädigten gegründet. Darob Entrüstung bei den Politikern des 4. August im freigezwergschaftlichen Lager. Wir sind bei der Entrüstung über angebracht. Gerade die Gewerkschaftsfraktionen haben die Gleichberechtigung der Kirche und Christen mit ihren Sonderorganisationen praktisch anerkannt. Sie gaben die proletarische Internationale preis, bildeten mit den kirchlichen und christlichen Arbeitsgemeinschaften. Mit der Anerkennung der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit auf nationaler Grundlage bekannte man sich zu der bisher bekämpften, von den Christen, Kirchlichen und Gelben verfolgten Politik. Da man die neuverwonnene Ueberzeugung auch noch durch Zusammenarbeit mit den andern Organisationen als Kriegsmahnahme bekräftigte, gaben die Unkenner naturgemäß den Standpunkt auf, daß nur die freien Gewerkschaften existenzberechtigt seien. Die andern seien die Konfessionen daraus.

Bauarbeiter.

Der Zweigverein Leipzig des Deutschen Bauarbeiterverbandes hielt seine Mitgliederversammlung am 9. Juli, abends 8 Uhr, im Volksstause mit nachfolgender Tagesordnung ab: 1. Halbjahrsbericht. 2. Die Eröffnung eines paritätischen Arbeitsnachweises. 3. Bericht über die Angliederung der umliegenden Zweigvereine. 4. Verschiedenes. Bei dem 1. Punkt beschloß man sich hauptsächlich damit, daß es sehr notwendig sei, die Höhe zu erhöhen, da die Lebens- und Bedarfsartikelpreise weiter steigen, die Höhe der Bauarbeiter dagegen den heutigen Verhältnissen nicht mehr genügen. Es kam dabei im allgemeinen zum Ausdruck, daß es den Frauen unter den heutigen Umständen nicht mehr möglich sei, nur die aller-notwendigsten Lebensmittel zu kaufen. In die Erwerbung von Kleidung und Schuhwerk ist nicht zu denken. Aus diesen Gründen heraus sei es dringend notwendig, daß sich der Verbandsvorstand sofort mit dem Arbeitgeberbund in Verbindung setzt, um eine weitere Teuerungszulage und Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. Wenn auch bei den letzten Verhandlungen im November Beschlüsse gefaßt sind, daß, wenn die Teuerung im Juli bis Oktober zunimmt, nach dem 1. Oktober neue Verhandlungen erst stattfinden sollen, können sich die Kollegen nicht damit einverstanden erklären. Der Kollege Bauersfeld bemerkte demgegenüber, daß von den hart-näckigen Unternehmern auf ähnlichem Wege nichts zu erreichen sei. Das bewies die Verhandlung mit der Firma Zimmermann u. Aufst auf dem Umbau der Gasanstalt, wo der Unternehmer Aufst es ablehnt, den Arbeitern irgendeine Lohnverhöhung zu bewilligen, trotzdem die Unternehmer im allgemeinen den Posten der Arbeiter anerkennt. Nachdem noch einige Kollegen sich in diesem Sinne ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Angeichts des immer mehr steigenden Lebensmittelmangels und der damit verbundenen Preissteigerung beschließt die am 9. Juli im Volksstause tagende Bauarbeiterversammlung, den Verbandsvorstand zu beauftragen, mit dem Bauarbeiterverband zwecks Verkürzung der Arbeitszeit, Zahlung einer weiteren Teuerungszulage und Erhöhung der Ausübung bei auswärtigen Arbeiten sofort in Verbindung zu treten.“ Ueber die Erziehung des paritätischen Arbeitsnachweises berichtet der Kollege Bauersfeld, daß nun auch die Unternehmer ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Dann wird den Kollegen durch ein Rundschreiben noch bekanntgegeben, daß am 1. August der Arbeitsnachweis eröffnet wird. Die Bureauzeit soll dort von 9 bis 10 Uhr stattfinden. Die Kollegen erklärten sich mit dieser Maßnahme einverstanden. Ueber die Angliederung der in Frage kommenden 9 Zweigvereine berichtet der Kollege Bauersfeld, daß Versammlungen in den in Frage kommenden Zweigvereinen stattgefunden haben, welche sich mit der Angliederung beschäftigten. Nachdem dort keine Einigung erzielt worden ist, hat dann am 30. Juni eine Konferenz stattgefunden, in welcher alle Vereine vertreten waren. Auch auf dieser Konferenz haben die Delegierten zum Ausdruck gebracht, daß sie die Angliederung ablehnen. Nachdem der Verbandsvorstand nach dem 1. Juli den Zweigvereinen keine Beitragsmarken mehr geschickt hat, sondern diese nur durch den Bezirksleiter zu entnehmen sind, soll dann die Angliederung an den Bezirksverein Leipzig bis zum 1. Oktober erliegen sein. Darum sollen die Kollegen, wenn sie mit Kollegen aus den in Frage kommenden Zweigvereinen zusammen arbeiten, diese Kollegen auf die Angliederung aufmerksam machen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Tabakarbeiter.

Die Versammlung der Tabakarbeiter fand am 13. Juli in der Silberpappel zu Leipzig-Volkmarthof statt. Beim 1. Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer, Kollege Drabso, den Kassensbericht vom 2. Quartal 1918. Die Hauptkasse balanciert mit 1713,87 M. An Kranken- und Arbeitslosenunterstützung wurden 331,00 M. ausbezahlt. Der Mitgliederstand hat sich durch die zunehmende Abwanderung der Tabakarbeiter in andre Berufe etwas vermindert. Die Lokalkasse balanciert mit 424,81 M. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Volksstausbericht, war der Berichterstatter trotz Einladung nicht erschienen. Es wurde der Bericht verlesen, nachdem ein Kollege eine kleine Schilderung von den Vorgängen in der Volksstausverwaltung (wie sie in einer Sitzung der Parteifunktionäre gegeben wurden) zum besten gegeben hatte. Beim 3. Punkt: Wiedereintritt in das Kartell, gab der Delegierte einen Bericht von einer Delegierten-sitzung der außerhalb des Kartells stehenden Gewerkschaften. Diese Sitzung hat mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, den geschlossenen Eintritt in das Kartell demnächst zu vollziehen. Nach lebhafter Debatte, an der sich die Kollegen Schneider, Pletsch, Reuhof, Meißel und Poppe beteiligten, wurde der Wiedereintritt in das Kartell einstimmig beschlossen. Als Delegierter wurde der seitherige Delegierte, Kollege Becker, wieder einstimmig gewählt. Nachdem noch der 1. Bevollmächtigte die Erhöhung der Teuerungszulagen durch einige Firmen bekanntgegeben, erfolgte Schluß der diesmal leider sehr schwach besuchten Versammlung.

I. K. Der österreichische Holzarbeiterverband hat lebsthin seiner 12. Verbandstag abgehalten. Leipzig-Berlin war durch bringende Arbeiten an der Teilnahme verhindert, die Ungarn Westner und Popper ließ die Postzeit nicht kommen. Den Berichtern ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand von 28 352 im Jahre 1913 auf 8400 Ende 1914 sank. Ende 1917 betrug er nur noch 6023, seitdem steigt er wieder. Der Verbandstag erhöhte die Beiträge von 70, 60, 48 und 35 Heller auf 120, 100, 80 und 60 Heller wöchentlich, die Streikunterstützung von 6 bis 12 auf 8 bis 16 Kronen. Auch treten die älteren (höheren) Unterstützungsätze wieder in Kraft. Zu Obmännern wurden gewählt: Ratwitscha, Pech und Waniet.

Briefkasten der Redaktion.

D. 103. Wir raten Ihnen entschieden davon ab, sich darauf einzulassen.

D. 104. Fehler an den Gießmaschinen.

D. 101. 1. Die Weiterversicherung können wir nur empfehlen, da die Versicherte Invalidenrente erhält, wenn sie invalide ist und genügend Marken geklebt hat. Sind vor dem Beginn der Weiterversicherung mindestens 100 Marken auf Grund der Versicherungs-pflicht verwendet worden, so beträgt die Wartezeit 200 Beitragswochen, andernfalls 500 Beitragswochen. 2. Altersrente bekommt derjenige, der 65 Jahre alt ist und 1200 Marken geklebt hat. Daher läßt sich das, was Sie schreiben, nicht durchführen.

E. M. 37. Ihr Sohn kommt vorläufig nicht zum Austausch, da sich dieser nach den Vereinbarungen mit Frankreich auf alle Kriegs-gefangenen erstreckt, die bis zum 1. November 1918 in Feindeshand geraten sind. Ihr zweiter Sohn muß die Röhnung nachgezahlt erhalten.

Z. J. 3. Gohlis. Sehen Sie sich besorgen mit dem Vormundschaftsgericht und mit Jugend- und Fürsorgeamt der Stadt Leipzig in Verbindung.

B. St. A. 155. Wir können unmöglich den ganzen Briefkasten durchsehen. Stellen Sie die Frage noch einmal.

E. B. 473. 1. Nach Ableistung der gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit ist mit dem Truppenteil die sogenannte Kapitalisation zu schließen, die zum Weiterdienen auf eine bestimmte Zeit verpflichtet. Ein Jahr ist die geringste Frist, für die kapitalisiert werden kann. 2. Zal. 8. Spätestens nach Ablauf von 12 Jahren gibt es den Zivilverpflichtungen. 3. Ein Zwang zur Annahme einer Stelle kann nicht ausgeübt werden. 5. Klein!

Frei, Marzkränke. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Auszahlung der Familienunterstützung für die drei Monate nach der Entlassung mit Rente gelten nur rückwirkend bis zum 20. Oktober 1915.

Streikkräfte 253. 1. Bei mobilen Formationen beträgt die monatliche Röhnung eines Gemeinen 21 M., eines Obergefehlten und Gefreiten 24 M., eines Sanitätsgefehlten 28,50 M., eines Unteroffiziers 48 M., eines Sergeanten 67,50 M., eines Bataillonsweibes 78 M. 2. S. Demüber ist uns nicht bekannt.

Das neue Geschlecht.

Erzählung von Johan Skjoldborg. Autorisierte Uebersetzung aus dem Dänischen.

27]

Nachdruck verboten.

V.

Der Huldgaard war ein Dugend Nächte hintereinander zu Weihnachtshmäusen gewesen. Ueberall, wo junge Leute waren, wollten sie Per mit haben. Der Mensch hatte etwas so Gemütliches, Sittliches an sich, außerdem war er der beste Tänzer im Dorfe, und dann war er ja der Sohn des Huldgaardhansens.

Am Nachmittag lud ihn die Mutter zu einer Tasse Extrakaffee mit besonders gutem Kuchen.

„Ach, du siehst etwas bleich aus, lieber Per,“ sagte sie. „So?“, antwortete er und gähnte.

„Es ist ja auch nicht verwunderlich, wenn du in dieser Zeit etwas mitgenommen bist. Aber du übertriebst es doch wohl nicht, lieber Per? Du weihst ja, ein junger Mann soll seinen Wein rein halten. — Heute abend willst du mir wieder was, zu Büschen? Und wir sind ja eigentlich nicht gerade für das Tanzen, aber Doktor Holt sagte, es ist nun e angehen. Es mag also sein. Und Büschen gehen ja heute ihre erste Gesellschaft in ihrem neuen Haus... Wie gefällt dir die kleine Wöns? Sie ist doch wirklich nett.“

„Ja, ja.“ Per tat ganz gleichgültig. Die Mutter lächelte, fuhr ihm mit den Fingern in die Backen und drückte ihn zum Scherz. „Du bist so wäherlich, weil so viel auf dem Tisch steht, he! — Aber geradeheraus, ich finde, du sollst dich nun bald entschließen!“, sagte sie ernsthaft hinzu.

Hens Huldgaard kam von einer Sitzung nach Hause. Er zog hastig seine Jacke aus. Er war hungrig.

Gleichzeitig traf die Post ein. Außer den Briefen an ihn selbst als Gemeindevorsteher und Amtratsmitglied gab es noch einige an den Konsumverein.

„Die hier sind an dich, Per,“ sagte der Vater mit besonderem Behagen und schob einen Haufen zu dem Sohn hinüber. „Aber was ist denn das? — Ein Paket an Mette — von der Staatsbibliothek?“

„Was sagt du? — Anne kam herzu und drehte und wendete das Bilcherpaket nach allen Seiten. „Aber was mag denn das sein?“

„Es ist gewiß ein Versehen,“ sagte Hens Huldgaard. „Rein, das ist schon richtig,“ antwortete Per. „Mette ist ja fernbegierig. Sie hat schon früher Bücher von dort bekommen.“

„Anne wurde unruhig. Sie drehte sich um und sagte: „Na ja — aber du wolltest ja was zu essen haben, Hens.“

„Wenn Per sich nur verheiraten wollte, Hens,“ sagte Anne beklammert, als sie die Fleischstücke auf den Tisch stellte.

„Ja, möchte er nur — das er zur Ruhe käme. Ich glaube ja, das mit dem Konsumverein macht sich ganz gut. Er ist ja tüchtig.“

„Sag, Anne,“ fragte er nach einer Weile, „meinst du nicht doch, daß er Mette lieb gewonnen hätte?“

„Mette? Rein. Davon kann nicht die Rede sein.“

„So, man sollte es ja nicht für möglich halten.“

„Aber er weiß nicht, welche er nehmen soll — es sind ja so viele — das ist es.“

„Ach so!“

Als Per am Abend bei Hans Wöns erschien, waren schon mehrere junge Gäste gekommen. Sie standen aber noch erwartungsvoll einzeln oder paarweis für sich; sie waren noch nicht gesellschaftlich angeordnet. Als Per trat ein, wurde die Stimmung etwas besser.

„Eins, die Tochter, war die erste, die ihn willkommen hieß; sie empfing ihn munter und lebhaft, als wäre er sehnsüchtig erwartet worden. Und gleich darauf kam Mutter Birthe, die Birthin, in einem bunten Kleide, gelächelt und Muffelkleid angezogen. „Willkommen, Per Huldgaard!“, rief sie beinahe ausfällig herzlich.

Kran Spielmanns Kalkfuttersal lag auf dem Tisch; er war also schon angekommen. Dieses Geigenfutteral kannte sie alle. Von Kind an hatten sie mit heimlicher Spannung Kran Spielmann nachgesehen, wenn er, dieses Futteral unter dem Arm, von Selage zu Selage wanderte, und immer hatte sie der Gedanke an die Festfreude gezeitigt, die dieses rötliche, raube Futteral barg.

Kran Spielmann kam mit seinem Sohn aus einem Nebenstimmer, in dem sie eine Erfrischung genossen hatten. Der alte Braubart nickte den jungen Leuten freundlich zu, und diese nickten wieder. Langsam öffnete er das Futteral, und schon beim ersten Klappern wurden ringsherum die Köpfe unruhig.

Trotzdem wagte sich niemand eher an den ersten Tanz heran als kurz vor dem Schluß, als Per eine Wöns in wildem Galopp herumwirbelte.

Doch dauerte es nicht lange, bis der Tanz in vollem Gange war. Immer mehr Gäste kamen, doch Hens Suederbjärn war noch nicht da. Per tanzte die ganze Zeit. Er machte keinen Unterschied zwischen den Mädchen, und alle sahen eine wie die andre aus, sobald Per ihren den Arm um den Leib legte; sie bekamen alle denselben schönen Ausdruck froher Jugendlust.

Per selber tanzte mit voller Hingabe seines Wissens. Er hob sich nicht nur vorwärts wie viele andre, er bewogte sich nicht feil und korrekt im Takt wie die meisten, nein, er unterwarf sich den Tönen der Musik; wurden sie stärker und kräftiger, so richtete er sich stolz auf, und ebenso gab er sich ihnen hin, wenn sie in weichen, nachschwungenen Tönen nachließen.

Er tat das sein und ruhig zu seinem eignen Vergnügen. Kran Spielmann aber lächelte; wo Per dabei war, war leicht zum Tanz aufzufindem, er war ja die Fleisch gewordene Musik. Kran versorgte Per Kopf, der sich auf dem Kontrabass wogte, und Per tanzte fast ebenso sehr mit dem Spielmann wie mit dem Mädchen. Wenn Kran in eine Wiederholung besonders Gefühl hineinlegte, antwortete Per augenblicklich mit einer entsprechenden rhythmischen Bewegung. So tanzten sie die beiden an; sie standen in geheimem Einverständnis, und sobald das Zusammenpiel zwischen ihnen besonders schön war, begegneten sich auch ihre Blicke.

Wer mit Per tanzte, wurde in diesen Rhythmus hineingezogen, und deshalb wurde jedes Mädchen, selbst wenn es etwas stumpf und leicht wie ein Kreisel. Sie dampfte, daß seine Hand feucht wurde; Herausforderung darin. Die Mädchen fanden rings im Kreise, und ihre Augen sagten: „Nimm mich, Per! Nimm mich, Per!“

Seitdem abend war eine neue da. Er erfuhr, daß sie Padla Hens und zu Wöns' Bewandtschaft gehörte. Sie war ganz jung und so frisch wie eine eben entfaltete Apfelblüte. Ihre Lippen waren so dick, daß sie sich über den Zähnen kaum finden konnten, die Wangen fast kindlich rund mit feinem, goldenem Flaum. So stand sie dort im Kampenschein.

Sie hatte Per mit weit offenen Augen an. Er fühlte sich zu ihr hingezogen. Sie tanzte anmutig wie eine Wolke in ihrem luftigen, klaren Muffelkleid, fast zu leicht.

Um zur Abwechslung etwas mehr zwischen die Hände zu bekommen, wandte er sich dann Wölle Thamsens Waren Kristine zu. Sie war breit und stark wie ein Mann, drehte sich aber trotzdem so leicht wie ein Kreisel. Sie dampfte, daß seine Hand feucht wurde; sie trug kein Kostüm.

Auch die langbeinige Waren Hötstrup nahm er. Aber sie war unmäßig; er hätte ebenso gut mit einem Solagestell tanzen können. Er tat es auch nur, um ihr diese Freude zu gönnen, und sie lächelte entzückt, während sie vorwärtsrumpelte.

Die andern Mädchen gaben genau auf Per und das fremde Mädchen acht. Er engagierte Padla wiederholt.

Die beiden Geschwister Hens Suederbjärn und ihr Bruder Laust, der Urlaub hatte, kamen zu spät. Die jungen Leute scharrten sich sofort um ihn; er war ja ein schöner, wohlgeleiteter Bursche, und dann war die hellblaue Dragoneruniform etwas Seltsames, etwas Feines und Fremdartiges. Die Mädchen verdrängten jeden blanken Knopf mit den Augen und jede Einzelheit an dem weißen Koppel und den langen, krummen, trodelgeschmückten Reitersäbel, als er, ihn an die Wand hing.

Per schwenkte sofort die Ase. Sie legte mit ruhiger Sicherheit ihren Arm auf seine Schulter; sie wusste ja, worauf sie sich einließ; sie küßte sich ihm, und beide küßten sich der Musik; sie kannten sich bis in die kleinsten Einzelheiten hinein; sie waren von früher her richtig aufeinander eingetant.

Per war bisher unbedingt der Anführer gewesen. Bald aber zeigte es sich, daß die Wölle der Mädchen mehr und mehr auf den Punkt gerichtet waren, wo sich Laust in seiner hellblauen Dragoneruniform bewegte.

Per fand es selber wunderbar, daß er sich darum kümmerte, aber es berührte ihn unangenehm.

(Fortsetzung folgt.)

Urmensch und Wilder.

Von Dr. Otto Hauser.

4]

Ein anderer Weg zur Erreichung des gleichen Zwecks führte, gewissermaßen eine Kombination der Beobachtung des Dörrens an der Sonne mit der des Röstens im Feuer, zur Erfindung des ersten Brat- oder Backofens; man benutzte nicht mehr das Feuer selbst, sondern die glühende Asche oder im Feuer erhitzte Steine und dergleichen. So legen die Hirtenwölfer des östlichen Sudan ihr in flache Streifen geschnittenes Schafwolle zum Braten auf glühend gemachte Steine oder in den heißen Aschenhaufen, und ganz so verfahren einst auch die Samariter, wenn sie ihre Ockerkammer bröten. Die kalifornischen Indianer backen ihr Getreidemehlbrötchen — „braten“ und „backen“ sind ja nur dem Material nach verschiedene Vorgänge — indem sie den zu kochen haben gemetzten Teig um einen heißen Stein wickeln und dann zum Garbacken in heiße Asche oder zwischen glühend gemachte Steine legen. Die Patagonier braten großes Jagdwild (z. B. Strauße) dazwischen, daß sie den ausgeweideten Leib mit glühenden Steinen ausfüllen, das Fleisch des Rückens und Bauchs mit glühenden Steinen gleichsam spicken und das ganze in glühende Asche legen.

Am nun die heiße Asche, die glühenden Steine, das Brausever vor zu rascher Abkühlung oder dem Verfliegen zu schützen, wird man bald den Einsatz gehabt haben, sie in natürlichen und nachmals künstlichen Höhlen zu bergen. Die Negritos auf den Andamanen benutzten hohle Baumstämme als „Bratofen“ — und genau so verfahren noch im 18. Jahrhundert die Fräntler; die Südamerikaner wählten gelegentlich die backofenartig geformten Termitenhügel. Zumeist aber hoben die Wilden zu diesem Zwecke eine Erdgrube aus, pfasterten sie mit Steinen, erptälten darauf ein Feuer, und ist dieses niedergebrannt, die Steinlage genügend erhitzt, dann wird das Fleisch darauf gelegt, mit Zweigen und mit Blättern zugedeckt, mit einer zweiten Lage glühend gemachter Steine beschwert, und die Grube endlich geschlossen. Das ist ein in der ganzen Welt bekanntes und zweifelloß, selbständig entwickeltes Brat- und Backverfahren.

Noch ein Schritt weiter, und der Herd mit der Herdplatte, wie wir ihn von Solotruken her kennen, war erfunden; es brauchte ja nur zwei in den zwei Steinschichten, unter der obersten also, das Feuer entzündet werden, man konnte dann in gewohnter Weise auf der Herdplatte sein Fleisch rösten oder braten.

Kochen unterscheidet sich vom Braten wesentlich durch die Rolle, die das Wasser als Vermittler dabei spielt. Nach allem, was wir aus der Völkertunde wissen, hat sich der Uebergang vom Braten zum Kochen in seiner einfachsten Form dazwischen abgepielt, daß man die Erdgrube mit Wasser füllte, in dieses die glühend gemachten Steine warf, bis es kochte, und nun die zu kochende Speise hineinstellte; so verfahren einst die Maori. Ein Clouxstamm, den, wie bereits erwähnt, die Nachbarn nach dieser Methode Affindoin, d. h. Steinofen nannten, dichtete das Erdloch mit dem Fell des zu kochenden Wildbrets ab. Andere Indianerstämme, gewisse sibirische Völker, die alten Skandinavier, ja noch im 18. Jahrhundert die holländische Bevölkerung der Hebriden und die Fräntler kochten ähnlich das Wild in seinem eigenen Saft und mit Hilfe von Glühsteinen. Es ist immerhin denkbar, daß auch der Urmensch in solcher Weise gekocht haben kann. Aber es spricht doch nur wenig Wahrscheinlichkeit dafür; denn zum Herbeischaffen des Wassers gehören Gefäße irgendwelcher Art, wie sie freilich die Natur von selbst in manchester Früchten (Kotlosnussschalen, geblöhnten Kürbissen und vielleicht auch den Hülsenfrüchtlern großer Elsenstängel) bot, wie sie aber, seitdem die Menschen völlig entsprechend, der Mensch sich erst nach Erfindung der Kupferzeit schuf. Und getropft hat, nach allem, was wir heute davon wissen, der Altsteinzeitmensch noch nicht.

Wir dürfen uns im übrigen den Urmenschen in der Auswahl seiner Nahrungsmittel ganz gewiß nicht allzu wäherlich denken. Wer einen Blick auf die Speisekarte der Wilden wirft, sieht bald, daß es nichts, aber auch rein gar nichts gibt, was der Mensch nicht irgendwo und irgendwem einmal seinem Magen einverleibt hätte. Das gilt nicht nur für alles, was das kochend und fleisch, es gilt auch für uns so ungenießbar dünkende Dinge, wie Baumrinde, Holzmuß und Erde. Der Mensch schent vor nichts zurück, was er nur irgendwie mit seinen Zähnen zerbeißen und zermahlen, womit er seinen Magen füllen, seinen Hunger beschwichtigen kann; der Kessel vor einer Kost berührt, wie Pechel sehr richtig erkannt hat, lediglich auf einem Uebereinkommen oder dem Grauen vor etwas Unbekanntem. Hunger ist eben nach dem Sprichwort immer der beste Koch gewesen, und wir alscheind nicht zivilisierten Kulturmenschen haben in punkto Essen durchaus nicht nötig, verächtlich auf den alles verschlingenden Wilden herabzuschauen; pflegen doch auch wir, und gar noch als Delikatessen, so wenig appetitliche Dinge, wie rohe Schafstiere (Kustern), aus dem pummelartig lebenden Speidel der Salagane und andern nicht zu erörternden Bestandteilen zusammengebundene Kestler und selbst Kerbtiere und Würmer zu verpeifen — letztere besonders dann, wenn sie erst im Magen und Darm der Schnepfe gehörig „vorverdaut“ sind.

Die noch unsere Kinder alles zum Munde führen, was sie sehen und greifen können, so hat wohl der Mensch ursprünglich alles zu essen versucht, dessen er habhaft wurde. Unter diesen Dingen hat er erst dann allmählich nach Wohlgeschmack und Verdaulichkeit seine Auswahl getroffen. Daß ihn bei solcher Auswahl die Beobachtung des Nahrungserwerbs anderer Tiere leitete, dürfte kaum zweifelhaft sein. Missionar Peter Kolb berichtet uns noch von den Dotten-totten, daß sie zu Beginn des 18. Jahrhunderts nur solche Knollen und Wurzeln zur Nahrung suchten, die auch von den Pavianen und andern Tieren gefressen würden.

Hier möchte ich auf eine kleine Auswahl absonderlicher Gerichte hinweisen, die sich auf der Tafel des heutigen Wilden finden. Da wären zunächst Würmer, Kräupen und Maden zu nennen, von denen übrigens die Regenwürmer auch auf der Speisekarte der hochkulti-vierten Chinesen zu finden sind; die Colossauce lag dem Beschma-der alten Römer. In Central-Gebirge gelten die Larven von Dori-

lenkäfern, in Mittelkalifornien die der Wespen und die Engerlinge als Leckerbissen; die Minahasser auf Nord-Celebes schätzen besonders einen im Blinddarm des Ventelbären schmarogenden Bandwurm, die sibirischen Eskimotischen die Maden der Rennierstiege und diese selbst. Am Kaposa-See (Südost-Afrika) bäckt man aus Mücken einen Kuchen. Heute durch den Krieg nun auch wieder gesprächsfähig gewordenen Krabbeltiere des Kopfhaars werden von fast allen Wilden als Delikatessen betrachtet. Ein älterer Forschungsreisender erzählt hierzu von den Abip-n (Südamerika) sehr charakteristisch: kommt einer Indianerin bei der Toilette eine besonders fettsäure unter die Finger, so macht sie ihrer Nachbarin ein Geschenk damit; sie bietet sie ihr dar, wie wir jemand unsere Tabakdose anbieten. Bei den Negern am Vuhondo-See (Deutsch-Ostafrika) sind getrocknete Kröten ein Volksnahrungsmittel. In Surinam verpeift man roh oder geröstet und als Leckerli die großen, roten, dickfleischigen Aneisen, wie bei uns in manchen Gegenden der Raikäfer von der Jugend mit Bonne verzehrt wird. Die Wäbda auf Ceylon nähren sich gelegentlich von Baumrinde und Bast, und bei den Fäliamen gibt Weiden- oder Birkenrinde mit — Naviar als besonders Leckerbissen. Abgesehen davon noch heute ganz allgemein die Weisbrussen ihrem Brotmehl Baumrinde und Strohhäkel bei.

Eine ganz fragwürdige Speise erscheint für uns aber die Tomerde, die teils als Notstandsgericht, teils als Leckerli von zahl-reichen Völkern, und nicht nur den Wilden, gegessen wird. Und gleich ein paar europäische Beispiele zu nennen: die Bauern um Scharba in Mazedonien verbotten Ton in ihre Brote; ähnlich verfährt man im Bezirk Togliastro auf Sardinien mit den Getreidemehl-tuchen. Auch in Persien legt man Ton- und Magnesiaerde dem Mehl zu oder ist es roh und geröstet. Bei den Dingsing im West-sudan ist nach Barth Ton mit Butter untermischt ein Hauptnahrungsmittel. In Senegambien setzt man dem Reis und andern Speiseneine fettsäure Tomerde zu. Selbst Europäer finden solchen Reis wohlschmeckend und vertagen das Gericht ohne Beschwerde. Von den Kamischadalen, Fäliamen und Korjalien haben die Russen das Tomessen gelernt; sie mischen den rahmartigen Ton der Mittel- und Südamerika. Alexander von Humboldt hat uns vor den Tomaten am Orinoko ausführlicheres darüber berichtet. Diese inmitten der schönsten und fruchtbarsten Gegenden lebenden Indianer stillen monatelang ihren Hunger ausschließlich mit Tomerde, und zwar wählen sie solche Schichten als Speise aus, die die fetteste, schmierigste und stark riechende Erde enthalten. Bis zum einem Pfund täglich gehen sie davon, und stapeln sie für alle Notfälle in großen Klößen in ihren Hütten auf.

Diese wenigen Beispiele dürften zur Genüge zeigen, daß der Mensch noch heute ein „Allesesser“ im weitesten Sinne ist, und der Urmensch ist das ganz gewiß auch gewesen.

Wir müssen uns das Verhältnis zwischen Wild und Jäger ursprünglich wesentlich anders denken, als wir es heute wahrnehmen. Solange das Tier im Menschen noch nicht den furchtbaren Räuber der Erde, wie Brehm sich einmal ausdrückt, erkannt hatte, zeigte es ihm gegenüber keinerlei Scheu. Das ist in Gegenden, die des Menschen Fuß noch nicht betreten hat, auch heute noch der Fall. Die Pinguine umdrängen so neugierig die landenden Polarreisenden, folgen ihnen bis aufs Schiff nach, lassen sich mißlos greifen und die Eier vom Neste nehmen. Merker aus Deutsch-Ostafrika berichtet, daß die Wäfal kein Wildfleisch essen und infolge dessen dem Wilde in keiner Weise nachstellen, deshalb zeigt sich dieses in der Nähe der Krake meist sehr zahl und weidet oft mit den Kindern zusammen. Er sah einmal große Herden von Zebras, Gnus und Antilopen zwischen den Rinderhorden der Wäfal ruhig und ohne jede Spur von Scheu äßen. Es war also anfänglich den Urmenschen gewiß ein Leichtes, Tiere mit Knüttel und Faustkeil zu erschlagen oder durch einen Steinwurf zu töten. Die spezifische Neugier des Wildes wird dem Jäger immer wieder leicht erreichbare Beute zu-nesähr haben, und es hat zweifellos lange gedauert, bis der Tierwelt durch die Erfahrung von Generationen bewußt ward, daß der Mensch ihr ein viel gefährlicherer Feind sei als ihre Genossen und alle Naturkräfte zusammengenommen. Klatsch hat als erster betont, wie furchtbar diese Vorstellung für die Erklärung der schnellsten Ausbreitung ältester Menschenshorden über weite Gebiete erweist. „Hatte die rohe Jägerhand in einem Gebiete abgewirksam, d. h. fingen die Tiere an, den neuen Antommung als ihr Verderben zu erkennen, so brauchte sie nur den Ort zu wechseln und in ein neues Gebiet zu ziehen, und hier konnten dann diese Pioniere einer Urkultur mit dem gleichen Erfolg ihr Vordrängen fortsetzen, als dessen letztes hohe Resultat wir die Ausbreitung der Menschheit über die ganze Erde sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Neues Theater. Geschlossen (Ferien). — Altes Theater. Sonntag, Montag, geschlossen. Dienstag, 8 Uhr: Minna von Barnhelm. Mittwoch, 8 Uhr: Johannisfeuer. Donnerstag, 8 Uhr: Das ihr wollt. Freitag, 8 Uhr: Vereinsvorstellung. Sonnabend, 8 Uhr: Gespenster. Sonntag, 28. Juli, 8 Uhr: Veranstaltung des Kriegsmusik (Die verlorne Tochter), 8 Uhr: Der Wiberpel. Montag, 29. Juli, 8 Uhr: Mutter Landstraße. — Neues Operntheater. Sonntag, 8 Uhr: Der dumme August. Montag, 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Dienstag, 8 Uhr: Die Rose von Stambul. Mittwoch, 8 Uhr: Gasparone. Donnerstag, 8 Uhr: Die Garbafürstin. Freitag, 8 Uhr: Die Rose von Stambul. Sonnabend, 8 Uhr: Eva. Sonntag, 28. Juli, 8 Uhr: Der dumme August. Montag, 29. Juli, 8 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Leipziger Schauspielhaus. Sonntag, 8 Uhr: Die Königin der Luft (Einheitspreise), 8 Uhr: Das Glücksmädel. Montag, 8 Uhr: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband (Das Glücksmädel). Dienstag, Mittwoch, 8 Uhr: Das Glücksmädel. Donnerstag, 8 Uhr: Die Königin der Luft. Freitag, Sonnabend, 8 Uhr: Das Glücksmädel. Sonntag, 28. Juli, 11 Uhr: Vorstellung für das Kriegsmusik (Das Glücksmädel), 1/4 Uhr: Das Glücksmädel (Einheitspreise), 1/4 Uhr: Das Glücksmädel. Montag, 29. Juli, 1/4 Uhr: Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband. Dienstag, 30. Juli, 1/4 Uhr: Das Glücksmädel.

Bathenbergtheater. Sonntag, Montag, 8 1/4 Uhr: Das Geheimnis der alten Mamsell. Dienstag, 8 1/4 Uhr: Seine Braut.

Kristallpalasttheater. Abends, 8 1/2 Uhr: Klar zum Gesicht.

Eingelaufene Schriften.

Dr. S. Ruland, Elsas-Lothringen und die internationale Lage. Mit 8 Karten. Freiburg i. B., J. Bielefelds Verlag. Preis 1 M.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Jahrbuch für 1917. Redaktion: S. Köppler. Berlin, Selbstverlag des Verbands.

L. v. E. Der deutsche Export nach dem Friedensschluß. Vorschläge für eine erfolgreiche und schnelle Wiederaufnahme der Auslands-, bzw. Uebersee-Handelsbeziehungen. Leipzig, Verlag von Otto Hillmann. Preis 20 Pfa.

Rede des Abg. Wurm zum Branntweinmonopol.

Der Abdruck des Stenogramms dieser am 11. Juli gehaltenen Rede war uns leider wegen Papiermangels nicht früher möglich. Wir nehmen ihn jetzt noch vor, weil die Rede eine gründliche und sachverständige Darstellung der entwickelten und wichtigen Materie und ihre Beleuchtung vom Standpunkt der Unabhängigen Sozialdemokratie bietet, was in den vom Bureau Boate geleiteten Reichstagsberichten so gut wie vollständig unter den Tisch gefallen ist.

Redaktion der Z. V.

Meine Herren, wenn Herr Kollege Wurm gemeint hat, daß sich ein gewaltiger Wandel seit der Zeit vollzogen habe, wo Bismarck 1855 den Monopologedanken zum erstenmal bei der Spiritusgesetzgebung dem Reichstag vorlegte, so täuscht er sich. Ich sehe nicht den geringsten Wandel gegen damals; sondern es ist die alte Geschichte, die ewig neu bleibt, daß die Branntweinsteuererhebung im Deutschen Reich eine Ackersegelesetzung für gewisse Agrar-Kreise ist. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Das war sie damals, das ist sie heute, nur mit dem Unterschied, daß 1855 die Herren Konservativen noch ein gewisses Mißtrauen gegen Bismarck hatten, ihm nicht glaubten, daß er so tief in den Beutel des Volkes greifen werde, wie er 1887 dann getan hat, und wie es seitdem üblich geworden ist. Mein, meine Herren, die Spiritusgesetzgebung zeigt am allerdeutlichsten, welche großen politischen und daher auch wirtschaftlichen Einflüsse die konservativen Schichten der Bevölkerung, soweit sie wohlhabend und zahlungsfähig sind, auf unsere Reichsgesetzgebung besitzen. Ich habe bei der ersten Lesung der Vorlage bereits darauf hingewiesen, und ich kann nur feststellen, daß der vorliegende Entwurf auch in der Gestaltung, die er im Ausschuss erhalten hat, nicht etwa eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Zustände für die arme, notleidende deutsche Bevölkerung bringt. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.)

Meine Herren, seit 1887 wird dem deutschen Volke vorerzählt von den Interessenten der Spiritusgesetzgebung, daß diese notwendig sei, um dem deutschen Volke ausreichend Nahrungsmittel zu verschaffen; denn ohne die Spiritusgesetzgebung gebe es keine billige Schlempe, und ohne diese sei es nicht möglich, auf den sandigen Böden des Ostens Getreide und Kartoffeln zu bauen. Ohne Schlempe kein Vieh, ohne Vieh kein Dünger, ohne Dünger keine Landwirtschaft! Dieser Vers, den besonders Herr von Miquel mit besonderer Vorliebe angeführt hat, war nie richtig und ist gerade jetzt durch die Entwicklung der Technik absolut unrichtig geworden.

Aber zunächst nur eins, was ich im Ausschuss festgestellt habe, und was die Herren nicht widerlegen konnten! Angenommen, es wäre wahr, daß durch die Brennerie die Landwirtschaft in die Lage käme, schlechte Böden besser zu bearbeiten oder überhaupt erst nutzfähig zu machen. 1914 gab es 5 1/2 Millionen landwirtschaftliche Betriebe und 14 000 landwirtschaftliche Brennereien. Man wird uns doch nicht einreden wollen, daß nur 14 000 landwirtschaftliche Güter vorhanden sind, deren Boden eine Aufbesserung bedürfe, und deren Boden, wenn es wahr wäre, daß diese die Brennerie das einzige Rettungsmittel für sie, unbedingt auf eine Brennerie haben müßte. Statt dessen sehen wir in der Gesetzgebung immer wieder die Tendenz, nicht zu ermöglichen, daß kleine landwirtschaftliche Brennereien, daß viele landwirtschaftliche Brennereien entstehen; sondern wir sehen umgekehrt die Tendenz, daß zwar scheinbar den kleinen Brennereien durch die Gesetzgebung gewisse Vorteile zugewiesen werden, daß sie den Spiritus billiger erzeugen können, im allgemeinen eine niedrigere Steuerlast haben und den Spiritus zu höheren Preisen in den Handel bringen können, daß aber im Verhältnis der Gewinn der großen Brennereien ein weit größerer ist, so daß sich die kleinen Brennereien gar nicht entwickeln konnten.

Die Tatsache ist doch mir nicht unbekannt worden, daß, wie ich schon vorerzählte, diese gesamten 14 000 landwirtschaftlichen Brennereien im Jahre 1914 im Durchschnitt 300 000 bis 400 000 Liter während der 300 Tage der Brennereisampagne erzeugt werden können. Das ist von 25 Millionen Litern, die wir im Frieden haben, ganze 2 Prozent! Das ist die ganze lebenswichtige Wirtschaft der Branntweinherstellung, die bisher schon dem Volke Milliarden im Laufe der Jahre gekostet hat, und die jetzt jährlich über 1 Milliarde den ärmsten Schichten der Bevölkerung auferlegt. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Ich sagte, die Technik habe mindestens das überlebt, daß man auf armen Böden nicht anders die Kartoffeln verwerten könne und die armen Böden nicht anders fruchtbringend machen könne als durch die Erziehung von Brennereibrennereien. Einmal hat die Bewertung der Kartoffeln ganz bedeutende Fortschritte gemacht, die Kartoffelproduktion, die Methode der Aufzucht der Kartoffel zur Verwitterung geben die Möglichkeit, auch ohne eine Brennerie die Kartoffeln, die nicht als Speisekartoffeln brauchbar und verwendbar sind, sofort in der Landwirtschaft zu verwenden, und da in der Mathematik der alte Grundtat immer noch besteht, daß der Teil kleiner ist als das Ganze, so ist eben die Schlempe, die nur einen Teil des Nährwertes der Kartoffel wiedergibt, weniger nahrhaft als die ganze Kartoffel. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Darüber kommen wir nicht hinweg. Wenn wir also die ganzen Kartoffeln verwerten können, gehen wir dem Vieh mehr Futter, als wenn wir ihm nur einen Teil in der Schlempe zuführen. Richtig ist, daß die Schlempe dadurch, daß sie die Eiweißstoffe der gesamten verarbeiteten Kartoffelmengen enthält, daß außerdem ein Teil der Eiweißstoffe durch diese in verdauliches Eiweiß umgewandelt wird, so daß sie nahrhafter ist durch die Eiweißstoffe als die Kartoffel selbst. Aber was bedeutet das gegenüber der Tatsache, daß hier ungezählte Milliarden und aber Milliarden bezahlt werden müssen, wie ich nochmals wiederhole, von den ärmeren Schichten der Bevölkerung, um gewissen kleinen Kreisen der Landwirtschaft diesen jedweden Vorteil zu bringen, den sie durch Kraftfutter, durch andere Zusätze zu der Kartoffelproduktion ebenfalls erreichen könnten. Ein verständiger Handelsvertrag ist mehr wert, der uns billige Futtermittel vom Ausland bringt, als diese ganze Gesetzgebung, die künstlich die Landwirtschaft in die Höhe bringen soll. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.)

Meine Herren, eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die landwirtschaftlichen Brennereien aufrechtzuerhalten, ist nicht vorhanden. Dagegen ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit vorhanden, nicht mehr zu dulden, daß Nahrungsmittel, die den Menschen notwendig und nützlich sind, in den langen schweren Zeiten, denen wir auch nach dem Kriege entgegengehen werden, verarbeiteter werden auf Spiritus (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.), wo wir heute andre Methoden haben, um ohne Verwertung von Nahrungsmitteln Spiritus zu erzeugen. Weder gewerbliche noch landwirtschaftliche Brennereien sind notwendig; die angewiesen sind auf Kartoffeln, auf Rüben, Getreide und Melasse, sondern eine neue Methode, die sich die Chemie mühsam erobert hat, und die gerade jetzt vor dem Wendepunkt der Entwicklung steht. Es wurde vorhin darauf hingewiesen: wir können vor einem Wendepunkt unserer Branntweinherstellung. Ja, meine Herren, mehr als die meisten vorläufig wissen, und als man besonders brauchen in der Bevölkerung bereits erkannt hat! Die Tatsache ist, mir nicht unbekannt worden und kann auch nicht widerlegt werden, daß, wenn nicht diese Monopologesetzgebung käme, dann die Entwicklung der chemischen Industrie diese ganze Spiritusgewinnung mit Hilfe von Gärung überflüssig machen würde (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.), und daß diese Monopologesetzgebung nichts weiter ist als eine Schutzgesetzgebung (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) zur

landwirtschaftlichen Brennereibehälter. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz. — Kösen rechts.) Nicht weiter! Der Kampf, der von gewisser Seite der Landwirtschaft sehr geschickt, wie immer, gegen das Monopol geführt wird — damit täuschen Sie den Fernstehenden. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß das ein Scheingefecht ist, das sie anzustellen, um die Aufmerksamkeit davon abzulenkten, daß eigentlich diese Monopologesetzgebung eine Schutzgesetzgebung für die landwirtschaftlichen Betriebe ist.

Es wurde vorhin von fortschrittlicher Seite und auch von Herrn Abg. Pärwinkel gemeint, man hätte ja vielleicht doch die Branntweinsteuer erhöhen können; das wäre nicht so einsehend, wie wenn man die Interessen der landwirtschaftlichen Brenner, die Interessen gewisser landwirtschaftlicher Kreise wahrnehmen will, wie es der Staat jetzt wieder tut. Denn wenn wir weiter nichts bekämen als die Erhöhung der Branntweinsteuer und das Gesetz sonst im übrigen keine Bindungen und Fesseln für die Entwicklung der chemischen Industrie bringen würde, dann würde sich der Aufbauprozess dieser landwirtschaftlichen Brennereien so ruhig und sachlich vollziehen, wie eben in Ihrem Staate des freien Spiels der Kräfte, wo der Starke das größte Recht hat, sich alle wirtschaftlichen Aufbauprozesse vollziehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es würde dann eben die besser, billiger, rationaler und in ihrer Ausdehnung unbefränkter arbeitende chemische Industrie, die jetzt aus Kalt und Kohle Spiritus und Ethylalkohol herstellen kann, in ganz kurzer Zeit die Gärungsindustrie unterfordern. Wenn vorhin gemeint wurde, das ginge in Deutschland doch nicht, denn in Schweden, wo sich die Karbidspiritusindustrie bisher am meisten entwickelt hat, habe man billige Wasserkräfte zur Verfügung, die Deutschland nicht habe, so widerspricht dem die Tatsache, daß wir ja in Deutschland während des Krieges in ganz enormer Weise Karbid als Grundlage für den Kalziumfluorid, den wir in der Rüstungsindustrie brauchen, hergestellt und dabei die Erfahrung gemacht haben, daß nicht immer die Wasserkräfte die billigsten Methoden sind, um Elektrizität zu erzeugen, sondern daß bei der rationellen Anwendung von Kohlen, von Braunkohlen und Torf sich ebenfalls eine sehr billige Erzeugung der elektrischen Kraft erzielen läßt. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Ich weiß, daß große elektrische Werke, die auf Kohle angewiesen sind, aber ihre Elektrizitätserzeugung an Ort und Stelle der Kohlenförderung bei den Kohlengruben errichten und nicht die Kohlen transportieren, sondern den elektrischen Strom, genau so billig arbeiten, als wenn sie mit Wasserkraft an den Stätten des Verbrauchs den elektrischen Strom erzeugen würden. Also dieser Einwand, daß bei uns die Karbidindustrie nicht so entwicklungs-fähig wäre, ist nicht zutreffend. In Wirklichkeit ist sie entwicklungs-fähig, sie wird aber durch dieses Gesetz künstlich gehindert und erstorbt, damit nicht die Branntweinbrenner irgendeinen Schaden erleiden, sondern die Privilegien, die die Herren seit Jahrzehnten besitzen und die in diesem Gesetz wiederum aufrechterhalten sind; ihnen weiter gewahrt werden. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.)

Es gibt kein erbaulicheres Schauspiel als die Beratung der Branntweinsteuererhebung im Ausschuss und im engeren Kreise. Da heißt es ebenso wie immer nur: Sand wird nur von Hand genommen, wenn du nehmen willst, so gib. Mit Recht hat der Berichterstatter gesagt, daß dieses Gesetz ein Kompromiß sei zwischen den verschiedenen Interessen, die im Branntweinbrennereigewerbe vorhanden sind. Da gibt es nicht nur große und kleine Brenner, es gibt Kartoffel-, Getreide- und Melassebrenner, es gibt Brennereien, die schon seit Jahrzehnten das Privileg haben, es gibt solche unversämierte Dörfer, die noch leben wollen und später eine Brennerie sich errichten. Kurz und gut, es ist ein hoher Weltfrieden der Interessenten darum, was bekomme ich; gibst du mir das, dann gebe ich dir das! So kommen Gesetzesparagrafen zustande, die als Ganzes dann ein sogen. Staatsgesetz sind und bei dem dann, wenn es gut geht, sich alle Interessenten gegenseitig verständigt haben.

Nun handelt es sich um die Frage: Was für Aufgaben hat denn das Reich, wenn es wirklich die Interessen der Gesamtheit in Bezug auf die Spiritusherstellung wahrnehmen will? Das Spiritusgesetz ist selbstverständlich. Ueber die Frage des Trinkenrechts spreche ich noch. Wir brauchen ihn für gewerbliche Zwecke, er hat eine große Bedeutung in der Zukunft für gewerbliche Zwecke, er wird vielleicht noch auf Jahre hinaus, der Markt für Petroleum und durch die Schiffsräume verdrängten bleibt, ein notwendiges Betriebsmittel für uns sein. Kurz und gut, Spiritus muß erzeugt werden und die Frage ist, in welcher Weise das am rationellsten geschieht. Deswegen haben meine Freunde und ich diesen Antrag eingebracht, den wir schon, ohne einen Antrag zu stellen, im Ausschuss besprochen hatten; daß das Reich nicht bloß, wie das Monopol will, ein Handelsgeschäft mit dem Spiritus treibe, sogar nur ein Zwischenhandelsgeschäft, sondern daß es die Erzeugung von Branntwein übernehme. Dagegen wird eingewendet, das sei nicht möglich, denn diese 14 000 landwirtschaftlichen Brennereien — ich sage von den 50 000 Obstbrennereien und andern Betrieben ganz ab — die auf verschiedenen Gütern zerstreut sind, könne man nicht als Staatsbetriebe betreiben, die seien der Kontrolle nicht zugänglich. Ich gebe das mit gewissen Einschränkungen zu, erinnere aber daran, daß der Staat auf seinen Domänen Branntweinbrennereien besitzt, daß die Ärsten auch Brennereien haben, die sich auch unter eine gewisse Regie fügen und kontrolliert werden, daß ferner die Kontrolle gerade durch die Kontrolle des erzeugten Spiritus nicht so schwer durchzuführen ist. Aber, meine Herren, die Hauptsache! Wenn man, wie ich auf dem Standpunkt stehe, daß es Aufgabe der Volkswirtschaft ist, dasjenige, was das Volk braucht, so billig als möglich, unter Vermeidung aller unnützen Ausgaben herzustellen, wenn man also Spirituserzeugung nicht mehr als landwirtschaftliches Gewerbe betreibt und den Spiritus aus Nahrungsmitteln des Volkes herstellt, sondern ihn auf chemischem Wege erzeugt, dann, meine Herren, können drei, vier große Fabriken der Karbid- und Holzindustrie diese Mengen Spiritus erzeugen, die wir für den Trinkverbrauch wie für den technischen Verbrauch nötig haben; denn, meine Herren, der Karbidspiritus ist chemisch rein, er ist reiner wie mancher Kartoffelschnaps, der dem Volke vorgelegt wurde. Es würde also der Bevölkerung ein chemisch reines Produkt aus großen staatlichen Betrieben zur Verfügung stehen, die sich dann wie jede andre Fabrik sehr leicht kontrollieren lassen. Gewiß sind die Mengen, die für die Ernährung des Volkes durch Branntweinbrennereien als Kartoffeln verloren gehen, nicht sehr groß. Von einer normalen Ernte von 46 Millionen Tonnen Kartoffeln wurden im Frieden 5 Millionen Tonnen für Branntwein verbraucht. Aber ich sagte schon, daß noch auf lange Jahre hinaus die Kartoffel für uns ein notwendiges Nahrungsmittel bleiben wird, daß die Kartoffel noch für viele andre Dinge benutzt werden wird und daß insoweit jede Einschränkung unseres Nahrungsmittelbedarfs überflüssig, ja volkswirtschaftlich unecht ist.

Aber nicht genug damit, daß das bestehende Gesetz die alten Mißwirtschaften aufrecht erhält; die Vergebung von Nahrungsmitteln zur Herstellung von Alkohol. Wir bekommen jetzt den Spiritus in einer Weise veräußert, wie ihn selbst das zaristische Rußland nicht veräußert hat. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Am zaristischen Rußland war der Alkohol Spiritus mit 100 Mark Steuer belegt, bei uns wird er mit 800 Mark belegt (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.), was 250 Mark Monopolkosten hinzukommen, so daß er mit 1050 Mark pro Hektoliter Abgaben belegt ist. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.)

Das ist 10 Mark auf das Liter 100gradigen Alkohols. Das ist für das Liter 33-prozentigen Erntbranntwein, wie ihn die Regierung von nun ab kredenzen will, eine Steuer von 3 1/2 Mark. — Dazu kommen noch die übrigen Steuern zum Preis des Spiritus hinzu kurz und gut, man kann daraus rechnen, daß der Trinker für das Liter Branntwein, allerdings von 33-prozent, 5 Mark zahlen wird, während bisher nur ein 20-prozentiger Schnaps getrunken wurde von dem das Liter bisher 80 Hgr. bis 1 Mark kostete. Rechnen wir auf 33-prozent um, so würde dieser Schnaps höchstens 1.25 Mark kosten. Dieser Schnaps wird jetzt 5 bis 6 Mark den Trinker kosten! (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.)

Wer davon betroffen wird? Die Ärmsten der Armen! Der Landarbeiter, der Hofarbeiter, der Mann, der im Freien tätig ist der im Winter, weil er eben keine warme Nahrung hat, um Schnaps greift, der den Schnaps mit auf das Feld und die Strokarbeit hinausnimmt, weil er sonst kein Getränk hat, das er nicht trinkt. Dieser Mann, der, wenn er ganz mäßig ist, täglich ein Biertrichter braucht, hat bisher im Jahre 90 Mark für seinen Branntwein ausgegeben. Er wird jetzt an 350 Mark für seinen Branntwein ausgegeben haben. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.)

Die Landarbeiter werden den Herren von der Rechten hoffentlich ein Kompliment dafür machen, daß ihnen der Schnaps so verteuert wird. Denn eines Tages wird die Abrechnung kommen! Wir werden ja auch einmal wieder, wenn es auch wie ein Märchen klingt, Frieden haben, und wir werden einmal wieder ohne Zensur, Gewalt und ohne Generalkommando im offenen Kampf und politisch miteinander messen können. Dann wird dieses Gesetz, das Sie jetzt beschließen, gar manchen der Herren da drüben (nach rechts) bis in die Mitte hinein, von seinem Plage wegfordern. Die Bevölkerung wird einsehen, daß das eine Klassengesetzgebung der schlimmsten Art ist (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.), wenn man Ausgaben des Reichs damit decken will, dann man den Ärmsten der Armen diese ungeheure Steuerlast aufbürdet.

Um ein Wohlfahrtsmännchen, ein Stillschleimmännchen anzuhängen, erzählt man uns auch, der Branntweinverbrauch würde ja bedeutend zurückgehen, bis auf 50 Prozent, heißt es in der Vorlage. Auf der andern Seite hören wir, wenn einmal lumpige vier Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunksucht gefordert werden, das gehöre nicht in das Gesetz, das Gesetz sei doch dazu da, um Geld zu bringen, wir hätten doch keine Ursache zu verhindern, daß recht viel Schnaps getrunken wird; wir könnten doch nicht die Einnahme dieses Geldes dazu verwenden, um die Schnapspest zu bekämpfen. Ja, meine Herren, Sie rechnen damit, daß allmählich der Trunkerverbrauch sich wieder steigern wird. Das ist nun einmal das Anglied der Bevölkerung, daß sie sich an steigende Ausgaben gewöhnt, und da ihr Einkommen als Ganzes nicht steigt, daß sie das, was sie nicht glaubt entbehren zu können, oder was ihr durch die Zwangslage der sozialen Verhältnisse unentbehrlich wird, sich anschafft, mag es noch so teuer sein, während sie an andern Dingen spart, wo sie glaubt, sparen zu können: an Kleidung, an Wohnung, an Nahrung.

Wenn uns der Herr Abg. Wurm ein Schreckensbild hier vorführt von der riesengroßen Zahl derer, die irrsinnig und krank durch die Trunksucht in den Anstalten schmachten, wenn er auf das Erud hinzuweist, das auf Hunderttausende von Familien durch die Trunksucht kam, so täuscht er sich und andre, wenn er glaubt, daß man mit 4 Millionen Mark diese Trunksucht bekämpfen könne. Ungelächert sage ich: dieses Gesetz fördert die Trunksucht. Denn je teurer der Schnaps ist, um so weniger haben die Leute Geld, um sich richtig zu ernähren. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Trinken werden die armen Leute, bei denen der Bedarf nicht eingeschränkt werden kann. Sie werden trinken auf Kosten ihrer Ernährung, auf Kosten ihrer Kultur, und weil sie eben ihre Nahrung einschränken, werden sie erst recht immer mehr trinken, weil sie immer tiefer von Stufe zu Stufe sinken, bis sie eben Genesheitskranke werden und so kann die Verteuerung des Branntweins gerade erst recht zur Verbreitung führen, wie im zaristischen Rußland die Verteuerung des Branntweins zur Verbreitung geführt hat. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß dort die Trunksucht nicht abgenommen hat, als die hohe Steuer kam, sondern daß sie zunahm. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Will man die Trunksucht an der Wurzel bekämpfen, dann muß man die sozialen Verhältnisse bessern, nicht durch eine kleine Liebesgabe, indem man von einer Milliarde Mark ganze 4 Millionen Mark für soziale Zwecke ausgibt und gleichzeitig den Arbeitern noch in erbärmlichere Verhältnisse hineindrängt, als er sie schon vorher gehabt hat, indem neue Steuern auf die Armut gemalt werden. Die Umsatzsteuer, die Mineralwassersteuer, all diese Steuern belasten den Arbeiter und verschlechtern seine Lebenshaltung und machen die Bahn für eine Verstärkung der Trunksucht frei. Meine Herren, für die Bekämpfung der Trunksucht werden wir selbstverständlich auch diese 4 Millionen bewilligen, die in einer wohlwollenden Minute der Ausschuss beschlossen hat, in die Vorlage hineinzulegen. Noch sind sie ja nicht bewilligt, und schon hören wir, daß selbst diese 4 Millionen Mark gefährdet sind. Ich denke, wir werden Gelegenheit haben, bei diesem Paragrafen darauf noch zu sprechen zu kommen.

Meine Herren, aber ganz abgesehen von diesen sozialen Wirkungen, die die Arbeiterklasse betreffen, bringt das Monopologesetz auch eine Reihe von Bestimmungen, die das Bürgerturn, die unser ganzes volkswirtschaftliches Leben schädigen; denn dadurch, daß — wie ich schon anführte — die Entwicklung der chemischen Industrie, die Herstellung von Alkohol und Karbid in Deutschland fast unendlich macht, eng begrenzt und mit Abgaben belastet wird, werden wir Konkurrenzunfähig auf einer großen Reihe von Gebieten gegenüber den Staaten, die eben nicht den Vorzug besitzen, noch immer feudale Lebereste der Vergangenheit zu haben, die einen solchen Einfluss auf die Gesetzgebung besitzen, wie bei uns. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Infolgedessen wird das Ausland bei uns einen wirtschaftlichen Genuß finden, den es bequem und rasch aus dem Wege räumen kann, weil wir die Produkte, die wir sonst billig nach dem Auslande im Wettbewerb mit dem Ausland ausführen, zum Teil durch diese Verteuerung des Spiritus auch für gewerbliche Zwecke, zum Teil durch die Verteuerung des Spiritus im allgemeinen nicht mehr werden ausführen können.

Wir haben im Ausschuss versucht, diesem Gesetzentwurf einige Sitzgähne anzubringen, aber es ist noch eine ganze Reihe vorhanden, und ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, hier durchgreifende Änderungen bei den Beratungen zu erzielen. Der Gang der Verhandlung zeigt es ja auch heute: man will nicht, daß in öffentlicher, weitläufiger Rede alles das gesagt wird, was das Volk über diese Dinge wissen muß. Man sucht es zu verhindern, man rechnet damit, daß je länger die Sitzungen, um so kürzer der Parlamentsbericht ist. Dann bleibt ja alles so schön im Dunkeln, wie es eben notwendig ist, damit man diejenigen Geschäfte befragen kann, die das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen.

Auch die Verbilligung des gewerblichen Spiritus, auf die Sie sich bei der bisherigen Branntweinsteuererhebung so viel zugute tun, geschieht bei der Branntweinsteuererhebung ja nicht etwa auf Kosten der Brenner. Meine Herren, wer zahlt denn das, wenn der Spiritus für gewerbliche Zwecke billiger hergegeben wird, als er sonst hergegeben würde, wenn diese Gesetzgebung nicht bestände? Das zahlt der Trinker, das zahlen die Ärmsten der Armen. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.)

Die Kermisten der Armen müssen mit der Verteuerung des Erantmeins, künftig mit Vergabe der Groschen, die sie in die Monopolkasse gefügt haben, und die die Monopolkasse nun wieder zur Verbilligung des gewerblichen Spiritus zurückströmen läßt, dafür sorgen, daß dieser Spiritus verbilligt wird. So werden wir das raschidliche Schauspiel erleben, daß die ärmsten Schichten der Bevölkerung es sind, die vor den Wagen der neuen Industrie, die nach dem Krieg entstehen, gespannt werden sollen, um ihn aus dem Schlamm herauszuziehen, in die er durch die weisse Führung bisher geraten ist. Ich will hier nur streifen, da ja noch darüber speziell verhandelt werden wird, daß auch ein Genusmittel der weitesten Schichten der Bevölkerung, nämlich der Essig, durch dieses Gesek um das Doppelte, ja zum Teil bis zum Dreifachen, verteuert wird. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.), und zwar ebenfalls wieder dadurch, daß man die chemische Industrie, die eine billigere Ware schaffen könnte, durch das Gesek heillos scheidet und inebelt. Diejenigen Herren, die da von den Interessen des Mittelstandes gesprochen haben, werden damit auch beim Mittelstande große Erfolge erzielen, wenn dem Mittelstand erst einmal klar wird, was diese Verteuerung des Spiritus und des Essigs bedeutet.

Es ist das eine Politik des Handinhandarbeitens der verschiedenen Gruppen und Interessentenkreise, die bei der Schaffung dieser Vorlage mitgewirkt haben. Es ist so, wie wir von Anfang an zu diesem Monopolenwurf gesagt haben und was wir auch gegenüber der Kommission sagen müssen: nicht eine Verbesserung der Zustände wird erreicht, sondern eine Verschlechterung, eine erhöhte Ausbeutung der ärmsten Schichten der Bevölkerung. Deswegen lehnen meine Freunde diesen Gesekentwurf ab. (Leb! Beifall bei den Unabh. Soz.)

Aus der Partei.

Aus der Magdeburger Organisation.

Am 11. Juli sprach in Magdeburg in öffentlicher Volksversammlung Genosse Brandes über das Thema: „Drei Millionen neuer Steuern“. Die gründliche Kritik, die er an diesem Steuerentwurf übte, fand lebhaften Beifall. Es wurde eine größere Anzahl von Resolutionsentwürfen in der Versammlung erstellt. Ein beträchtlicher Teil von Genossen, die bisher noch in der abhängigen Organisation verblieben waren, trat jetzt zur U. S. P. D. über.

Der Kampf um das Volksheft Volksblatt.

Der Prozess um das Eigentumsrecht am Volksheft Volksblatt wird am 11. Dezember die letzte Instanz, das Oberlandesgericht in Braunschweig, beschäftigen. Das Blatt hat im letzten Jahre einen Gewinn von 4700 Abonnementen erzielt. Ein Beweis, daß die Arbeiter des Volksheft Volksblattes auf der Seite der U. S. P. D. stehen. Das hindert die Abhängigen, die ihr eine Zeit lang herausgegebenes Konkurrenzblatt am 1. Juli wieder eingeben lassen mußten, natürlich nicht, ihren Versuch, das Blatt den rechtsmöglichen Besitzern zu entwinden, weiter zu verfolgen. Man darf gespannt darauf sein, ob ihnen dieser Anschlag gelingt.

Das Recht der U. S. P. D. in Braunschweig.

Vor einiger Zeit wurde in Braunschweig eine Anzahl Partei-genossen von der Anklage des Hausfriedensbruchs freigesprochen, dessen sie von dem regierungssozialistischen Geschäftsführer des Braunschweiger Volksheft Volksblattes, Bosler, denunziert worden waren. Recht liegt das schriftliche Urteil vor, wodurch

die Abhängigen, die das Braunschweiger Blatt befallig unsern Genossen gewaltsam entwendet haben, vollständig ins Unrecht gesetzt werden. In dem Urteil wird festgestellt, 1. daß das Eigentum der Braunschweiger Arbeiter, der Volksheft Volksblatt und des Volksheft Volksblattes, ihnen auf Anregung des Parteivorstandes und gegen ihren ausgesprochenen Willen genommen worden ist, 2. daß die zu Recht bestehende Prekommission im März und April 1917 die alte unter dem Vorh. des Genossen Kugelberg war, 3. daß die Entwendung des Volksheft Volksblattes ohne Zustimmung dieser Prekommission vollzogen wurde, 4. daß die Handlungen der Firmenträger Niße und Ohlenhof, die bei dieser Entwendung die Hauptrolle spielten, rechtswidrig waren und sind, 5. daß der Geschäftsführer Bosler zu Unrecht auf seinem Posten steht, da er nicht nach den Bestimmungen des Regulators angeheißelt wurde, 6. daß alle seine geschäftlichen Handlungen rechtswidrig sind, und 8. daß die Arbeiter Braunschweigs, die im März und April 1917 die Entwendung des Volksheft Volksblattes zu verhindern suchten, und sie bis zum Eingreifen der Polizei auch verhinderten, in herabgesetzter Verteilung ihres Eigentums und ihres Rechts gehandelt haben, während Bosler das Hausrecht, das er dann der Polizei übertrug, unrechtmäßiger Weise ausübte.

Wenn trotz dieser klaren Rechtslage die Abhängigen vorläufig im Besitz des Volksheft Volksblattes bleiben werden, so liegt das daran, daß sie aus diesem Besitz erst durch ein umständliches Prozedere wieder vertrieben werden müssen, das in der Kriegszeit wegen der Verringerung des Richterpersonals noch mehr Zeit in Anspruch nimmt, als in normalen Zeitaltern.

Eine abhängige Seite.

Nach im vorigen Jahre die U. S. P. D. gegründet wurde, gab es die abhängigen Parteisekretäre Thüringens, Sauter und Weber, ein Wochenblatt, die Thüringer Freie Presse, heraus. Das Blatt war in erster Linie zur Befähigung der Unabhängigen bestimmt. Es hat sich im Laufe eines Jahres auch rechtliche Mühe gegeben, diesen edlen Zweck zu erfüllen. Jetzt wird aber in der abhängigen Presse Thüringens mitgeteilt, daß dieses Kampforgan gegen die U. S. P. D. sein Erscheinen mit dem 1. Juli einstellen sollte hat. In dem Abschiedsworte, das das Blattchen an seine Leser richtet, wird zwar gesagt, daß man darauf verzichte, sich im Bruderkampfe zu betätigen: in Wirklichkeit wird aber Mangel an Geld die Ursache der Blattstillstellung gewesen sein.

Eine neue Tagung des Nationalrats der französischen Sozialisten.

Der Vorstand der französischen sozialistischen Partei hat eine Tagung des Nationalrats zum 28. und 29. Juli einberufen. Auf der Tagesordnung steht 1. der Stand der Humanität und 2. die politische und internationale Lage.

Aus den Organisationen.

Im Wahlkreis Zweibrücken-Virmasens (Wald) schritten unsere Genossen kürzlich zur Bildung einer Wahlkreisorganisation, nachdem ihr die Gründung verschiedener Ortsgruppen der U. S. P. vorangegangen. Die Kreisorganisation, die zur Zeit in den verschiedenen Orten 140 Mitglieder zählt, ist im besten Fortschreiten. Mehr und mehr vollziehen neue Ortsgruppen und Mitglieder ihren Anschluß. Voran marschieren als stärkste Zellen Virmasens und St. Ingbert. Mancherlei Schwierigkeiten hat die U. S. P. im Saarrevier zu überwinden. Doch wir haben festen Fuß gefaßt. Unsere Partei zählt heute in einer Anzahl Orte 190 Mitglieder. Daran sind 8 Wahlkreiswahlkreise beteiligt. Die Leipziger Volkszeitung hat rund 180 Abonnenten. (Das ist sehr erfreulich!) Unsere Genossen, die in diesem Gebiet sähe, unermüdliche Arbeit leisten, sind weiterer Fortschritte unserer Bewegung gewiß. Nicht locker lassen, heißt auch hier die Parole.

Eine Wahlkreisorganisation schafften auch die Genossen im Kreis Darmstadt-Großgerau (Hessen). Mit 150 bis 160 Mitgliedern waren bei der Gründung beteiligt. Vergeblich waren die Mahnungen des abhängigen Kreissekretärs, den „Quertreibern“, „Partei-palern“ usw. — so doch es in einem seiner Zirkulare — kein Gehör zu schenken. Wo die unabhängigen Kandidaten aber auftauchten, sollte man ihm sofort Nachricht geben, eventuell telegraphisch. (Da kam der Herr noch öfter mit Telegrammen rechnen!) Unlängst erschien Frau Juchacz-Berlin Höflichkeit in Rüsselheim, dem zweitgrößten Ort des Kreises, um die Arbeiterinnen des Oppelschen Wertes zu befehlen. In der Diskussion trat ihr Genossin Sander aus Frankfurt a. M. entgegen. Der die Versammlung leitende Metallarbeiterbeamtete machte wiederholt den Versuch, unserer Genossin das Wort zu entziehen. Doch der entschiedene Widerspruch der Versammelten hinderte ihn daran. Nach einem mit einiger Härte aufgenommenen Schlußwort zog Madame Juchacz ab, die Arbeiterinnen blieben noch mit unserer Genossin beisammen und beiriet zur U. S. P. beschloffen den Abend. So mag Frau Juchacz noch öfter „wirken“.

Im Kreis Wiehaden-Neinhaus-Untertaunus haben die Abhängigen den seitherigen Reichstagskandidaten G. Lehmann aus Mannheim abgelöst. (Lehmann gehörte von 1907 bis 1912 dem Reichstag an.) Darob ein kleines „Nachspiel“ im abhängigen Organ, der Frankfurter Volksstimme, schimmte nagelne das hinterhältige Verfahren, das man gegen ihn betrieb — so wurde er unter anderem nicht einmal zur fränkischen Kreisversammlung der Abhängigen eingeladen, noch sonst gehört! — gebührend fest. Ihn antwortet Herr Haese (Parbeiterbeamtete in Wiesbaden) als Kreisvorsitzender, der auch die treibende Kraft mit diesem Spiel ist. Lehmann dünkt ihm nicht genügend „Inbrennen“. Zwar sei er Mitglied der Abhängigen, doch sein Verhalten im Laufe der Kriegsjahre habe mehr einer Unterfütterung der Opposition gegolten. Das mußte gerochen werden. Das letzte Spiel der Herren Haese und Genossen erinnert an ähnliche Vorgänge bei der letzten Stadtvorordnetenwahl in Wiesbaden im Ende des vorigen Jahres. Zwei Mitglieder der Abhängigen schieben aus. Doch der eine davon — ein in der Arbeiterbewegung charakter Mann — trat „freiwillig“ zurück, der andere, zurecht in fränkischer Gefangenschaft, wurde nicht wieder aufgestellt, und so konnten Haese und einer seiner Kumpane die beiden Stadtvorordneten-sitze mit Hilfe der Bürgerlichen, die sie bei der Wahl buraschlich unterstützten, einnehmen. Damals schon setzte eine starke Rebellion in Wiesbadener Arbeiterkreisen ein. Bei der kommenden Reichstagswahl wird Herr Haese und Genossen eine ähnliche Mandats-sicherung nicht gelingen. Dafür sorgt die U. S. P., die sich auch im Wiesbadener Wahlkreis wachsender Sympathien erfreut. Somit die Arbeiterkreise in Frage kommen, besteht unsere Delegations-sation auch im Wiesbadener Kreis bereits heute die Mehrheit. Dabei sind wir in stetig Fortschreiten begriffen. Natürlich: das Un-geschehen in aller Schattierungen steht nicht engerem Anhang auch in diesem Kreis im Lager der Regierungssozialisten. Dafür sind die Herren auch zu reklamieren und dauernd unabhämlich. Die größten Maulhelden der Abhängigen an erster Stelle. Das paßt zum Bild!

Die beste Bekämpfung der Schundliteratur
 ist das Werben neuer Abonnenten
 für die Volkszeitung!

Tägliche Bedarfs-Artikel in grosser Auswahl.

K.-A.-Seife nur gegen Marken . . . 50 gr 20	Reinigungs-Kristall zu verwenden wie Kristall-Soda . . . Paket 30	Sidol-Pulver bestes Metallputz . . . 18	„Globol“ tötet Motten . . . Beutel 20
Waschfreund markenfrel Paket 9	Putzin bestes Reinigungsmittel für Küchenge-schür Karton 18	Globus Messerputzpulver . . . 60 35	Mottenschutz Karton 20
Waschpulver fettlos, markenfrel . . . 1 Pfund 13	Globus-Kieselkreide Schachtel 18	Radikal-Putz Aluminium-Reinigungsmittel Paket 30	Persin-Mottenschutz 15
Toilette-Waschpulver markenfrel Beutel 25	Globus-Putz-Extrakt in Pulverform Schachtel 14	Aluminit zum Reinigen von Geschür aller Art Paket 30	„Ebro“ Mottentafel 18
Waschmittel in fester Form Stück 20 10 6	Herdplattenputz „Rostfleid“ Schachtel 30	„Blankputz“ für Silber, Nickel, Aluminium 25	Naphthalin in Kugeln ausgewogen Pfund 1.50
Scheuerpulver „Blitzblank“ Paket 22 13	Vulkan bestes Ofen-Politur Schachtel 30	Hochfeines Kaiserblau Beutel 18 10	Mottenpulver in Kugeln und Pulver Pfund 95
Sirax-Scheuerpulver Beutel 28 14	Globeline Ofenglanzmittel Schachtel 30	Waschblau Kugeln 100 Gramms 50	„Globol“ gegen Kleiderläuse Beutel 20
Vim für Scheuerzwecke Dose 30	Silberit Putz-Poliermittel für Silber, Alpa-ka, Nickel Paket 30	Pulver zum Waschstärken ¼ Pfund 1.25	Nigrol Lederschwarze Flasche 2.25
Messerputzschmirgel Schachtel 40 28	Doppelchlor-Waschbleichmittel Paket 14	Stärke für Waschzwecke Beutel 40	Stoff-Farben 18 30
Hevek Sauerstoff-Waschmittel Paket 60	Tip-Top süßiger Metallputz Flasche 50	Stärkin zum Stärken aller Art Wäsche 25	Brilliant farbige Lederappretur Flasche 60
Schrubb Reinigungsmittel Paket 30	Sidol süßiger Metallputz Flasche 2.25 1.10 65	Plättryn-Stärkemittel Paket 23	Lederfett 45 35 20
Ozon-Sauerstoff-Wasch-Extrakt Paket 60	Pyramiden-Fliegenfänger „Schwapp“ 3 Stück 80 18	Rost-Flecken-Entferner Saft 25	Putzsteine weiss, f. Stoff- u. Wildlederschuh 35
	Fliegentöter „Locki“ 2 Teller 25	Kümmels-Silberputz-Watte grosses Paket 90	Färbol“ f. farb. Schuhe, z. Auffrischen Tubo 1.00
		Nähmaschinenöl Flasche 2.10	Hochglanz Lackbrenne im Karton 95
			Fest. Bohnerwachs weiss, gelb Oelwase D. 7.90 7.50
			Flüssiges Bohnerwachs ausgewog. Pfd. 2.85

Kaufhaus Brühl G. m. b. H.

Unterricht
Tanz-Kursus
 Max Thiele
 Übungsstunden
 Sonntags und Dienstage
Zum Ritter
 Schleifh. Bahnstraße 2.

Neue Herren-Garderobe
 noch in großer Auswahl.
 Herren- u. Knaben-Anzüge,
 Ueberzieher und Westen,
 Polierhosen und Joppen
 stehen durch günstigen
Abschluss
 zum Verkauf.
 Grad- und Gesellschafts-
 anzüge werden auch preis-
 wert verkauft.

Krieg u. Geschlechtskrankheiten
 Ein Wort an die Frauen von
Schwester Lydia Ruehland.
 Preis 20 Pfennige.
 Vorrätig in der
Leipziger Buchdruckerei H. G., Ubt. Buchhandl.
 Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
 und in allen Filialen der Volkszeitung.

Blumen-Salon
Carl Zeise
 Ausbringstraße
 Ecke Leipzigerstraße 1.
Saison-Ausverkauf
 von Kultblumen u. Ranken
20% billiger.
 Große Auswahl in Vasen-
 und Dekorationsblumen.
 Reizendes Präsent gratis
 bei Einkäufen von 1 Mk an.

Verein Hauspflege.
 Der Verein „Hauspflege“ bezweckt, Familien, in denen
 die Mutter durch Krankheit oder Wodendett an der Leitung
 der Wirtschaft verhindert ist, Hilfe zu gewähren durch
 Pflegerinnen, welche den Haushalt besorgen und die
 Kinder beaufsichtigen.
Pflegegeheuche
 werden entgegengenommen: Burgplatz, Stadthaus, Zwisch-
 Gesh., Zimmer 787, wochentags 9-11 Uhr. Tel. Neues
 Rathaus 28.

Nagel-Schubkursus auf Leist.
 Unterricht im Herstellen ein-
 und eleganter Strassenhübe,
 Material und Leisten in allen
 Größen vorhanden. Anmelde-
 jederegell, erbeten. Hanse,
 Reurendth., Oswaldstr. 12, n. l.

J. Kindermann
 Salzgäßchen 9, I. Eingang-
 Bäderladen, Oeg. 1890.

Bezugsquellen-Verzeichnis
 Erscheint wöchentlich dreimal.
 Bei Einkäufen besonders empfohlen.

Automaten-Restaurants
 Johs Neumarkt, Soldener Nisch, Postamt
 Mittagsessen von 30 Pf. an. Belegte Bröden 2 30 Pf.
 Bier 11 Kaffee 11 Tee 11 Süsswaren 11 Zigarren.

Hugo Luckner
 Laden in allen Stadtteilen.
 für Topfwarenreinigung,
 Pfl. Fortuna-Golden, Gd.

Photograph-Artikel
 Geb. Grundmann, Burgstraße 10/8.
Wahrmann, Stöcke
 11. Markt, Neuh., Eisenbahnstr. 36
Wagner, Stöcke
 11. Markt, Neuh., Eisenbahnstr. 36
M. Komakl Neel
 grüße Kap.-Markt,
 Nürnberg, Burgstr. 6
Kantus
 Pöschelstr. 10
 Lar. Teuring-Str.
 2. Holzsch. 20
Braun
 11. Markt, Neuh., Eisenbahnstr. 36
Braun
 11. Markt, Neuh., Eisenbahnstr. 36
Braun
 11. Markt, Neuh., Eisenbahnstr. 36

Schuh- und Strumpf-Kursus
 Risch, Schönauer Weg 16, III.
 Beginn jeden Montag, nachm.
 und abends. Anmelbungen u.
 Aufträge für Haus- u. Straß-
 Schuhe sowie Umarbeitung
 von Strümpfen jederzeit.

Leipziger Schauspielhaus.
 Copypf. 1719 Direktion: Felix Wichner. General 1000
 Sonnabend, den 20. Juli 1918
 Gastspiel Anton Grand.
Das Glucksmädel.
 Aufführung mit Gesang in 3 Akten von H. Reimann und C. Schwarz.
 Musik von Otto Schwan.
 In Szene gesetzt von Anton Grand.
 Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
 Besetzung: Andreas Schumann, Käsefärmler (Reinhold Selau);
 Lotta, seine Tochter (Eilich Wiggold); Gottlieb Hempel, Kutscher
 des Schumann (Anton Grand); Marie, Dienstmädchen des Schumann
 (Hanna Bator); Karoline, Waise von Reichensfeld (Gustav
 Jaulitz); Hans Malbemar, sein Sohn (Walter Jensen); Kom-
 merzienrat Wedorius (Karl Braunstein); Edelweiss, seine Frau
 (Eilich Wiggold); von Storch, Gefängniswächter (Aust Egger-
 Reimer); Frau Witwe Lämmlein (C. Reda); Salomon, Buchhalter
 (Karl Braunstein); Heib, Bedienter (Hilde Brand); Frau, Diener
 des Reichensfeld (Robert Lubina); Eine Taube der Gesellschaft
 (Antra Schobes); Ein Dreifüßler (Hilfeds Ginde); Gezeiten
 und Walfischkinder.
 Zeit der Handlung: Eine norddeutsche Kleinstadt. — Zeit: Gegenwart.
 Der erste Akt beginnt mit dem Auftreten des H. Reichensfeld.
 Der zweite Akt beginnt mit dem Auftreten des H. Reichensfeld.
 Der dritte Akt beginnt mit dem Auftreten des H. Reichensfeld.
 Gewöhnl. Preise. Einlog 7 Ubr. Anfang 7 1/2 Ubr. Ende 9 1/2 Ubr.
 Tages- und Jahreskarten haben Vorrang.

Sonntag, den 21. Juli 1918
 8 1/2 Uhr:
 Aufführung zu Einstellpreisen (L., 1.00, 2.—, 3.—).
 Gastspiel Anton Grand.
Die Königin der Luft.
 Aufführung mit Gesang in 3 Akten von Max Reimann und
 Otto Schwarz. Musik von Otto Schwarz.
 In Szene gesetzt von Felix Rogge.
 Musikalische Leitung: Kapellmeister Hans Richter.
 Det. der Handlung: In der Wohnung des Stadtrats Lampe, in einer
 herrlichen Umgebung.
 Besetzung: Lampe (Felix Rogge).
 Besetzung nach dem 2. Akt.
 Anfang 8 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.
 7 1/2 Uhr:
 Gastspiel Anton Grand.
Das Glucksmädel.
 Aufführung mit Gesang in 3 Akten von H. Reimann und C. Schwarz.
 Musik von Otto Schwarz.
 Besetzung wie Sonnabend.
 Gewöhnl. Preise. Einlog 7 Ubr. Anfang 7 1/2 Ubr. Ende 9 1/2 Ubr.
 Tages- und Jahreskarten haben keine Gültigkeit.
 Montag, den 22. Juli: Vorbereitung für den Leipziger Wirtschaftsausschuss.
 Dienstag, den 23. Juli: Vorbereitung für den Leipziger Wirtschaftsausschuss.
 Mittwoch, den 24. Juli: Vorbereitung für den Leipziger Wirtschaftsausschuss.
 Die Logenplätze sind geöffnet montags von 10—12 Uhr. Sonntags von
 11—2 Uhr.
 Besondere Eintrittskarten müssen 20 Minuten vor Beginn der Vor-
 stellung abgegeben sein, andernfalls nicht darüber verfügt.

PARK MEUSDORF
 BESITZER: GEBL. GUTHARDT
 Morgen, Sonntag, 21. Juli, nachm. 1/2, 4 Uhr:
Große Militär-Konzerte
 der **106^{er}** Kapelle
 Leitung: Musikleiter Orthaus
 Eintrittsgeld (einschl. städt. Karten-
 steuer) 40 Pfg., Militär und Kinder 20 Pfg.
 Nächsten Mittwoch, den 24. Juli:
GROSSE KONZERTE

Runge & Co.
 Fernspr. 4173. Kohlen- und Holzhandlung Fernspr. 4178.
 empfehlen sich zur pünktlichen Lieferung
aller Arten Brennstoff
 für Hausbrand,
 Zentralheizungen, Gewerbe und Industrie.
 Kontor: Brandenburger Straße 10
 Hauptlagerplatz:
 Dresdner Freiladebahnhof, Ladestraße V.
 2. Lagerplatz: Dessauer Straße 13.

Frauenhaare
 kauft für Heereszwecke, Kilo 20 Mk.
Haarfabrik Brüderstr. 4, II.
 zweites Haus von Kurprinzstrasse.
 Nur II. Etage. Bitte genau darauf
 zu achten!

Berein für Mutterschutz
 Dresden, Straße 7, I.
 Sprechstunde: Sonntag bis Freitag 9 bis 11 Uhr

Familienbad Markkleeberg.
 Gedlitz, 5 Uhr früh bis
 8 Uhr abds. V. Endstat.
 D- und G-Linie 10 Minut.
 Bes. Damenbad.

Bade- u. Schwimm-Anstalten
Ost-Bad Schwimmbecken - Dienstag 6-20
 611. Volksbrause- u. Wannenbäder.
 Riesenbassinstr. 10. Dampf- u. Wannen-
 Massagen, Schwimm-Unterricht.
Diana-Bad Dampf-, Licht-, Wannen-
 Karbid-, Schwimmhall.
 Lange Str. 8 Schwimm-Unterricht.

Gedenkblätter der Ludendorff-Spende
 (für Spenden von 10 Mk. und darüber) werden noch
 Montag und Dienstag, den 22. und 23. Juli, in der Zeit
 von 11—1 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags im
Städt. Kaufhaus, Kupfergasse, Laden 18
 ausgegeben.

Natur-Park Schleußig
 Haltestelle der Elektrischen Straßenbahn Linien 1 und 5
 — Morgen Sonntag —
Zwei große Konzerte!

Königs-Pavillon Promenadenstraße. Fernsprecher 1021
Kasino-Lichtspiele Am Neumarkt. Fernsprecher 1003

Spielplan vom 19. bis 25. Juli 1918.
 I. Der erste und neueste **Hella Moja**-Film für 1018/19
 ein Lebensbild in 4 Akten:
Wundersam ist das Märchen der Liebe
 in der Hauptrolle mit
Hella Moja
 II. und der erste und neueste **Ressel Oria**-Film für 1018/19
„Die Sünde.“
 Drama in 4 Akten mit „Ressel Oria“ in der Hauptrolle
 neu. usw.
 Wochentage 4 Uhr — Anfang — Sonntags 3 Uhr.
 Jugendliche haben zu diesen Vorstellungen keinen Zutritt.

Welt-Theater Spielplan vom 10. bis 22. Juli:
„Das trennende Band“
 Drama in 4 Akten.
Die Männerfeindin
 Lustspiel in 4 Akten.
Kapitän Grog auf dem Negerballe. Einakter Posse.
 Anfang täglich 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.
 Jugend-Vorstellungen von 4—6 1/2, Sonntags 3—6 1/2.

Papier-Fahrrad-Bereifung
 ges. gesch. D.R.G.M. 668344.
 In einjähriger Praxis tausendfach bewährt!
 Leichter, geräuschloser Gang, wie Vollgummi!
 Keine Reparaturen! Geringe Abnutzung!
 Bei jeder Witterung gebrauchsfähig!
 Keine rostenden Eisen- oder faulenden Holzteile!
 Kein Anbohren der Felgen. Auf jedes Rad passend.
Eduard Graf & Co., Leipzig
 Tauchaer Str. 11. Fernruf 12897.
 Vertreter der Deutschen Papier-Radbereifungen
 Ziegner & Berner, Dresden-A., Falkenstrasse 15.

Wanzen und deren Brut
 vernichtet man schnell und sicher mit
„Certan“ Flasche 2.— Mk.
 gesetzl. geschützt
 Mit bestem Erfolg von städtischen, militärischen, Jochenver-
 waltungen u. in Privathäusern angewandt. Prospekte grat.
 Verkaufsstelle: **Humboldt-Drogerie**
 Pfaffendorfer Strasse 10.

Charlottenhof
 Besitzer **Robert Guilmann.**
 Morgen Sonntag, nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
Grosse Militär-Konzerte der 179^{er}
 Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag
Grosse Park-Konzerte.
 Nächsten Dienstag:
Erstes grosses Ferien-Kinderfest.

LUNA-PARK
 am Auensee
 Eintritt: Erwachsene 20 Pfg., Militär und Kinder 10 Pfg.
 Morgen Sonntag in der Hauptgastwirtschaft:
Grosses Konzert
 vom Leipziger Tonkünstler-Orchester Günter Coblentz.
Strand- u. Familienbad geöffnet von früh 8 Uhr
 bis abends 8 Uhr.
 Gebirgsbahn :: Kleinbahn :: Ruderboote :: Kinderspielplatz
 Nächsten Mittwoch:
Grosses Ferien-Kinderfest.

Geschäfts-Übernahme.
 Werten Genossen, Freunden, Bekannten und
 Verwandten zur gefl. Kenntnis, dass ich mit
 dem heutigen Tage das
Restaurant Zur Josephshöhe
 übernommen habe. Es wird mein eifrigstes
 Bestreben sein, von Küche und Keller das
 Beste zu bieten.
 Um gütigen Zuspruch bittend, grüssen herzlich
Wilh. Klose und Frau.

Diten! Tanz-Unterricht! Diten!
 Dienstag, den 23. Juli, 7 Uhr, beginnt ein
Anfänger-Kursus
 Gewissenhafte Ausbildung in allen Tänzen. Son-
 tag, den 24. Juli, nachm. 4 Uhr, beginnt ein
Übungs-Kursus für Gegenwart im
Brauereigarten Stötteritz Honorarmäßig
 Anmeldungen daselbst.

Für Schuhkurse
 empfiehlt sämtliche Artikel
Spezialhaus Heinrich Berthold
 Lederhandlung, Leipzig, Nikolaistraße 20/26.

Schuh- u. Strumpf-Kursus!
 V.-Platz, Weissenfeller Str. 13, Restaurant Sonnenhof
 Montag, 22. Juli, nachm. 4-6, abends 7-9 Uhr, Unterricht zur
 Herstellung eleg. Haus- u. Straßenschuhe sowie halber u. hoher
 Strassen-Schnürstiefel m. Abhängen. Außerdem Anfert. aus 3 Paar
 zerstrickener 2 Paar tabellöse Strümpfe wie neu herzustellen.
 Keine Frau und kein Mädchen sollte die Gelegenheit ver-
 säumen, an diesem Unterricht teilzunehmen. Sämtliches
 Material vorhanden. Anmeldung daselbst. Die Leiterin.

Reparaturen und Neubefohlungen
 von Schuhen mit Vollholzsohlen
 führen sich jachgemäß bei billigster Berechnung aus:
 Ernst Meiß, Fantoschfabrik, V.-Anger, Mühlauer Str. 24
 Karl Jänichen, V.-Bismarck, Burgauerstr. 17
 Karl Reichmann, Leigisch, Hauptstrasse
 Julius Bergow, V.-Gutrich, Schleierstr. 26
 Bernhard Jahnke, V.-Kleinböcker, Mühlstr. 12
 Hermann Bornmann, Leipzig, Bayerische Straße 21
Verkauf von Holzsohlen.

Händler, Hausierer! Wasch-ol. Scheuerbürsten 2.25 Mk. Verk.
 Dtd. 18 Mk., 10 Dtd. 170 Mk. Musterstück
 fr. geg. Voreinsdg. v. Mk. 1.80, anderes billigst. Tüte kostenlos.
A. Czerny, Gresshandlung, Müllschin 25.

Kamillen
 beste, getrocknete Blüten, feinste Medicinalware,
 laufen den Zeitverhältnissen entsprechend zu Mt. 4.50 bis
 Mt. 5.— das Kilo.
J. Bernhardt S. m. b. H.
 Leipzig, Konstantinstraße 21.

Getrocknete Kamillenblüten
 Lindenblüten, Stiefmütterchenkraut, Kuf-
 lisch, Schafgarbenkraut, sowie sonstige Heil- u.
 Teekräuter laut wertmäßig von 7—8 Uhr
W. F. Nauck, Leipzig, Rosenthalgasse 4.
Kamillen
 auf getrocknet, sowie alle Arten Kräuter, wie Gundornkraut,
 Lungenkraut, Sternkraut, Birkenblätter, Schaf-
 garbe usw. kauft zu besten Preisen, wie jedes Jahr.
W. Müller, Kohlenstr. 15/20 (Bayr. Bahnh.).

